

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnetten für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltensstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Gefinnungsvereinigung.

Rein in Liebe vereintete Menschen sind in Stande, zu sein und zu tun, was zehntausend Einzelne nicht vermöchten. (Carlyle.)

Das Gute liegt nicht an der Oberfläche, viele Menschen sind besser, als sie scheinen. Es gibt verschlossene Naturen, die es nicht über sich bringen, anzusprechen, wie viel guter Wille in ihnen nach Ausdruck und Betätigung ringt. Andre Wüten in sich das Götze gleich einem verborgenen Schatz, weil sie bei ihren Bemühungen, die Mitmenschen zu heben, auf Unverständnis und Mißerfolg gestoßen sind. Wenn man alle über die Welt zerstreuten, die im Leben einen höheren Sinn suchen als Geldverdienst und Vergnügen, zusammenbringen könnte, — das gäbe gewiß eine herrliche Krone Edelbender und auch wirklich guter Menschen.

In unserer Zeit liegt ein Ruf nach Sammlung und Konzentration der Kräfte. Die Vereine, die sich unter den verschiedensten Prinzipien und Zielen gebildet haben, liefern den Beweis, und zeigen zugleich in ihren äußeren Erfolgen, was vereinte Kraft vermag. Wenn aber große Vereinigungen, die durch ideale Motive ins Leben gerufen worden sind, in ihrem Wirken für das innere Wohl des Menschen, für die sittliche Kultur und die Entwicklung des Menschengeschlechtes den Erwartungen nicht entsprechen, so liegt der Grund viellecht darin, daß es dem Verein an innerlich belebenden Elementen fehlt. Tausende können den Wert einer Null haben, wie aber auch zehn unter Umständen gleich Tausenden gelten. Die Idee des Vereins soll nicht nur von der geringen Zahl der führenden Persönlichkeiten erfaßt sein, sie muß in jedem Mitgliede bewußtes Erlebnis werden. Gerade innerhalb des Vereins sollten sich alle höheren Strebungen geistig die Hände reichen und sich ohne viel Worte anregen, die obersten Prinzipien des Vereins möglichst rein durch ihr Beispiel zu verkörpern, das, was sie an Schönem und Großem denken und empfinden, ohne Rücksicht in die Erscheinung zu bringen, damit von den übrigen einer nach dem andern gebildet werde, sich aus Freude am Gutesin und Gutesin der kleinen Gefinnungsgruppe anzuschließen.

Wenn auch nur wenige Menschen sich in Liebe geeinigt haben, die wirklich klar wissen, was sie wollen und es ohne Schwärmerie und ohne blinden Ungehörigkeit durchzuführen suchen, dann hat der Verein ein Herz, von dem das Streben gleich lebendigem Blute zu den einzelnen Gliedern geht, und eins nach dem andern durchströmt. Wo aber ein gesundes Herz ist, da ist auch ein gesunder und starker Organismus, voll Wirkungskraft nach außen und innen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

III.

Aus der Organisationspraxis.

Verschiedene Verbände konnten im letzten Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie gaben aus diesem Anlaß ihr Organ im Festgewande heraus und feierten eine Anzahl Jubiläen und Erhebungen auf aus der Gründungs- und ersten Entwicklungsperiode der betr. Organisation der christlichen Gewerkschaften. Dabei sind insbesondere von Bedeutung; die großen Opfer, die eine Anzahl Kollegen in den ersten Jahren für die christliche Gewerkschafts Sache gebracht haben. Wenn diese Erinnerungen anspornend auf unsere Bewegung zurückwirken, würde mit ihrer Auffrischung Großes erzielt werden sein. — Die Leberarbeiter veranstalteten aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens ihrer Organisation im ganzen Lande Agitationsversammlungen, die dem Verbands einen größeren Erfolg brachten.

Die Textilarbeiter wurden in ihrer Mitgliederentwicklung während der vorausgegangenen Depressionsperiode am stärksten zurückgeworfen. Dies veranlaßte den Verband im Berichtsjahre zu außerordentlichen agitatorischen Anstrengungen. Die Verhandlungen auf der im September in Wachen stattgefundenen Generalversammlung drehten sich in der Hauptsache um die Frage: Wie bringen wir den Verband wieder um einen großen Schritt vorwärts? Die bei diesem Anlaß gegebenen vielseitigen Anregungen, verbunden mit einer belebenden Initiative des Verbandsvorstandes haben denn auch dem Verbands große agitatorische Erfolge gebracht. Allein im vierten Quartal hat sich der Mitgliederbestand um nahezu 7000 vermehrt. Und heute ist die ehemalige Höchstmitgliedszahl des Verbandes schon um mehrere Tausend überholt. — Auch der christliche Metallarbeiterverband konzentrierte im Berichtsjahre seine Kräfte im besonderen Maße auf die Agitation. Es wurden insbesondere durch dessen Vorsitzenden sehr zahlreiche Konferenzen abgehalten und darin die Situation in der Metallindustrie nachdrücklich auseinandergesetzt und auch die sehr zahlreichen Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine aus der Metallindustrie mit großem Ernst auf ihre gewerkschaftlichen Pflichten verwiesen. Diese Tätigkeit war denn auch insbesondere im Westen Deutschlands, von sichtbarem Erfolg. Der christliche Metallarbeiterverband konnte in einem Zeitraum von fünfviertel Jahren seine Mitgliedszahl um über 12000 steigern, so daß er heute mehr als 40000 Mitglieder mußern kann. Diese Tätigkeit muß auch in der Zukunft mit Energie und Ausdauer fortgesetzt werden.

Größere Kämpfe um ihre Gesamtposition hatten im 1910 — steht man vor dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter von dem an anderer Stelle des Berichtes die Rede ist ab —

insbesondere der Gutenbergbund und der Bayerische Eisenbahnerverband zu bestehen. Der der General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossene Verband deutscher Buchdrucker wurde jahrelang als die „einzige neutrale Arbeiterorganisation“ hingestellt und deshalb bis vor kurzer Zeit von der gesamten Öffentlichkeit und den sozialwissenschaftlichen Kreisen einseitig begünstigt. Der selbige Redakteur des Buchdruckerkorrespondent, Mehner, hatte, meist aus persönlichen Gründen, sich zeitweise mit einzelnen leitenden Personen der Sozialdemokratie und einigen sozialdemokratischen Blättern auseinandergesetzt, und weil dies von der Geselligkeit der übrigen sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse, die nur ausschließlich die bürgerlichen Parteien bekämpfte, abwich, war es für weite Kreise Grund genug, den Verband deutscher Buchdrucker als neutrale Organisation anzusehen. Die Wirksamkeit des Verbandes war indessen schon seit vielen Jahren von einer wohlverstandenen gewerkschaftlichen Neutralität sehr weit entfernt. Der Verband deutscher Buchdrucker gehört seit 20 Jahren der General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften an; diese General-Kommission arbeitet, seitdem die sozialdemokratische Partei auf dem Wuppertaler Parteitag mit ihren Gewerkschaften offiziell verbunden worden ist, in allen größeren Fragen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand einträchtig zusammen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften beschließen gemeinsam und zu gleichen Teilen die internationalen Sozialistenkongresse; sozialdemokratischer Parteivorstand und General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften beraten gemeinsam über die Mittel zur Befreiung des preussischen Landtagswahlrechts; Parteivorstand und General-Kommission und in den einzelnen Orten die aus der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu gleichen Teilen zusammengesetzten Ausschüsse wirken einträchtig zusammen zur Erziehung der Jugend im sozialistischen Sinne; die Ortsstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften arbeiten systematisch an der Unterbreitung und Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Und bei all den genannten Anlässen und in den aufgeführten Institutionen arbeiten der Verband der deutschen Buchdrucker und die von organisationswegen aus seinen Reihen gewählten Vertreter offiziell mit. Von gewerkschaftlicher Neutralität ist diese Tätigkeit jedenfalls sehr weit entfernt. Der Verband deutscher Buchdrucker konnte sich lediglich deshalb so lange Zeit als neutral geben, in der Öffentlichkeit als neutral scheinen, — weil die Stelle selbst, die seine Gesamtwirksamkeit im einzelnen systematisch verfolgte und die jeweiligen Beschlüsse gegen die gewerkschaftliche Neutralität entsprechend festsetzte. Seit Jahren nun geht der Gutenbergbund diesen Einzelgängen nach. Und die diesbezügliche Tätigkeit des Gutenbergbundes beginnt allmählich ihre Wirkung auszuüben: der Verband deutscher Buchdrucker wird heute nicht mehr so allseitig in der Öffentlichkeit begünstigt; weitere Kreise merken langsam, daß sie früher sich nur vom Schein blenden und irreführen ließen. Diese neue Situation befragt dem Verbands deutscher Buchdrucker nicht. Der Buchdruckerkorrespondent sucht daher in letzter Zeit im Kampfe gegen den Gutenbergbund dasjenige, was ihm an Geist immer mehr abgeht, durch Stumpfsinnigkeit, und Unwahrscheinlichkeit zu ersetzen. Doch der Gutenbergbund weiß sich, insbesondere in letzter Zeit, seiner Haut zu wehren. Der Verband deutscher Buchdrucker wird sich allmählich damit abfinden müssen, daß der Gutenbergbund da ist und ein zähes Leben gezeigt hat, und seitdem er dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angeschlossen ist, erst recht keine Lust und Neigung verspürt, vor der Buchdruckerverbandsaufstufung zu kapitulieren.

Vor eine seltsame Situation sah sich im verfloffenen Jahre der bayerische Eisenbahnerverband gestellt. Einer seiner Mitglieder wurde von München nach Ingolstadt strafversetzt, weil es in der Werkstätte für seine Organisation agitiert hatte. Eine Zurücknahme der Versetzung konnte durch wiederholte Vorstellungen nicht erzielt werden. Später erließ das bayerische Verkehrsministerium eine Verfügung gegen die politische und konfessionelle Agitation in den Eisenbahnbetrieben (Arbeitsstätten, Arbeitsplätze, Bureaus). Diese Verfügung wurde am 5. September in der Eisenbahnwerkstätte angehängt. Am 7. September verteilten drei sozialdemokratisch organisierte Werkstättenarbeiter vor dem Eingangstor der Werkstätte Flugblätter. Die Weidener Werkstätteninspektion erstattete Anzeige bei der Direktion in Regensburg. Diese gab die Anzeige ans Verkehrsministerium mit der Anfrage weiter, ob die Flugblattverteilung vor dem Eingangstor unter das Agitationsverbot falle. Das Verkehrsministerium bejahte die Anfrage und die drei Arbeiter wurden ebenfalls strafversetzt. Auch hier erfolgten Vorstellungen und zwar begab sich der sozialdemokratische Abgeordnete Rothhaupter ins Verkehrsministerium: er erreichte die Zurücknahme der Strafversetzung. Rothhaupter konnte weiter den drei sozialdemokratischen Arbeitern die Zurücknahme der Strafversetzung bekannt geben, ehe noch deren vorgesetzte Behörde in Weiden davon wußte. Der Minister hesabouierte also durch die Tat die Eisenbahndirektion Regensburg zugunsten von drei sozialdemokratischen Arbeitern. Der christliche Arbeiter blieb strafversetzt. Ja, der Vorsitzende einer Versammlung, die gegen die Strafversetzung protestiert hatte, wurde ernstlich gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß er im Wiederholungsfalle ernsthafte Strafe unter Umständen die Entlassung zu gewärtigen habe.

Diese Tatsachen bedeuten also eine offensichtlich bevorzugung des sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahner-

verbandes und mußten um so befremdender wirken, als auch in grundsätzlicher Hinsicht die beiden Verbände von den bayerischen Behörden unterschiedlich behandelt wurden. Als nämlich der bayerische Eisenbahnerverband begünstigt wurde, wurden dessen Führer von Seiten ihrer Vorgesetzten von Verhör zu Verhör gelagt. Der Verband mußte nicht nur seine Stellung zum Streit so präzisieren, daß jeder Zweifel über die Ablehnung desselben ausgeschlossen, sondern auch in sein Statut ausdrücklich die Bestimmung aufnehmen: „Der Verband steht treu zu König und Vaterland...“ Der Verband will aber die Lage seiner Mitglieder nicht verbessern durch ständigen Kampf mit den vorgesetzten Stellen, sondern durch Pflege des Einvernehmens mit allen Bahnbeförden... Deshalb bekennt sich jeder Eisenbahner durch den Eintritt in den Verband als Gegner der sozialdemokratischen Grundzüge und Bestrebungen und verpflichtet sich, getreu nach den im Statut niedergelegten Grundsätzen zu handeln.“

Diese Vorgänge riefen die Sozialdemokratie auf den Plan, die die Verbandsgründung unter solchen Voraussetzungen als Verrat an den Eisenbahnerinteressen u. a. ansah und — einen Eisenbahnerverband in ihrem Sinne gründete. Dieser, der süddeutsche Eisenbahnerverband, agitierte lange Zeit im geheimen und verlegnete öffentlich seine sozialdemokratische Abstammung. Als aber 1907 bzw. 1909 die Agitatoren des Verbandes, Rothhaupter und Schwall, in Bayern und Baden von der Sozialdemokratie Landtagsmandate erhielten, fiel auch diese Maske. Trotz der offensichtlich sozialdemokratischen Tendenz konnte derselbe ruhig und ungehindert seine Tätigkeit entfalten. Die dem christlichen Verbands abgepreßte Erklärung über die Stellung zum Streit und zum Staat wurde dem sozialdemokratischen Verbands großmütig geschenkt — um ihn nicht in Verlegenheit zu bringen! In diese Gesamtsituation hineingestellt, bedeutet der Ausgang der Strafversetzung des christlichen Arbeiters auf der einen und jener der sozialdemokratischen Arbeiter auf der anderen Seite; daß die unterschiedliche und bevorzugte Behandlung der sozialdemokratischen Organisation zum System erhoben wird. Anstatt den Bestrebungen der christlichen Arbeiter, an denen der Staat das denkbar größte Interesse hat, wenigstens keine Hindernisse zu bereiten, sollen Vertreter dieses Staates geradezu Fesseln in den Weg, den die christliche Arbeiter zu gehen hat und bemühen sich andererseits, den staatsfeindlichen Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiter den Weg zu ebnen.

Und gegen solches Verhalten den allerentschiedensten Protest einzulegen, gebot den christlichen Arbeitern die Selbstachtung. Die christlich organisierte Arbeiterchaft Bayerns veranstaltete eine Anzahl großer Protestversammlungen und machte dem bayerischen Verkehrsminister klar, daß er sich in einem monarchischen Staatswesen nicht als Agitator der antimonarchischen republikanischen Sozialdemokratie zu gerieren habe. Das hat denn auch gefruchtet: im bayerischen Verkehrsministerium hat man der Rückzug angetreten, während es im süddeutschen sozialdemokratischen Eisenbahnerverband, dem unter obigen Umständen mächtig der Kampf geschwollen war, merklich still geworden war und die ehemalige weltbewegende Agitationsprache verstummt ist. Die Angelegenheit wird voraussichtlich noch ein parlamentarisches Nachspiel haben.

Schlussbemerkungen.

Die verschiedenen Gegner der christlichen Gewerkschaften haben deren Vormarsch in 1910 nicht zu verhindern vermocht. Im Gegenteil: die christlichen Gewerkschaften haben alle gegen sie entfalteten Stürme abgewehrt und sind in das Jahr 1911 eingetreten mit einer nach allen Richtungen hin gekräftigten und festgelegten Position. Sie haben ihre Kräfte während der vorausgegangenen wirtschaftlichen Depressionsperiode gesammelt und ihre Organisationen innerlich weiter ausgebaut. Und jetzt, wo das deutsche Wirtschaftsleben wieder an einer unvermeidlichen Stellung angelangt ist, müssen die einzelnen Streiter im christlichen Gewerkschaftslager sich wieder erneut ihrer großen Aufgabe bewußt werden, die der Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, gelegentlich des Römer Kongresses der christlichen Gewerkschaften, mit diesen Worten kennzeichnete:

„Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt und den sie noch lange zu führen haben wird, ist der alte geschichtliche soziale Konflikt, der alle Jahrhunderte durchzieht, der sich ständig wiederholte in dem Kampfe der Geschlechter und der Jüngste im Mittelalter, in dem Kampfe des Bürgerstandes um die politische Gleichberechtigung des 19. Jahrhunderts, in der Geschichte der Emanzipation des Bauernstandes, der alle soziale Konflikte, der immer eingetreten ist, wenn eine bisher untergeordnete, dienende Gesellschafts Klasse verlangt hat, in die volle Gleichberechtigung einzutreten mit den im Besitz der Macht, der politischen und der wirtschaftlichen Macht befindlichen Klassen, und wenn diese sich geweigert haben, ihre bevorzugte Stellung, die sie immer und überall als eine Staatsnotwendigkeit angesehen haben, aufzugeben.“

Glücklich ist die Zeit zu preisen, in der solche Konflikte ohne Anwendung von Gewalt gelöst werden. Wenn das bisher bezüglich der Bewegung der Lohnarbeiter gelungen ist, und wenn die Zuversicht immer begründeter wird, daß das auch in der Zukunft der Fall sein wird, so ist das zu einem wesentlichen Teile der Tatsache zu verdanken, daß in den christlichen Gewerkschaften von dem Boden der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen aus die soziale Reform für den Arbeiterstand erstrebt wird, ohne Klassenkampf, aber doch in dem Bewußtsein, daß der Arbeiterstand bisher von Staat und Gesellschaft noch nicht erhalten hat, was er zu verlangen berechtigt ist.

Sch hege die Hoffnung, daß im Laufe des 20. Jahrhunderts, vielleicht schon in der ersten Hälfte desselben, die Eingliederung des Arbeiterstandes in den staatlichen und sozialen Organismus gelingen wird, ohne daß die Gewalt in Angriff und Abwehr die Entscheidung fällt, im Wege der Reform, nicht im Wege der Revolution, und das wird nicht zum wenigsten der entschlossenen, verständigen, unabhängigen Einwirkung der christlichen Gewerkschaften zu danken sein."

Der Kampf der verschiedenen Volksklassen um den ihnen zustehenden Platz am großen Tische der Gesellschaft spielt sich ähnlich ab, wie der Kampf um gegensätzliche Interessen zweier Nationen auf den Schlachtfeldern. Hier werden schwierige Positionen ebenfalls nicht im Parademarsch erobert. In deren Eroberung müssen meist sehr beschwerliche Wege gegangen werden. Und zum sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse (sind) mühsame Wege eine absolute Notwendigkeit. Denn ein Stand, der nicht die Kraft besitzt, durch zähle, ausdauernde Arbeit sich seine Rechte zu eringen, ist im gegebenen Falle gar nicht fähig, von diesen Rechten den richtigen Gebrauch zu machen.

Willst du Gutes und Schönes schaffen,
Das lebensvoll das Leben mehre,
Mußt du dich erst zusammenraffen,
Und darfst nicht scheuen der Arbeit Schwere;
Da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,
Kein Traun von künftiger Entfaltung;
Nein, ringen mußt du mit den Stoffen,
Und stark sie zwingen zur Gestaltung.

Köln, 20. Juni 1911.

Das Generalsekretariat.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Unfallversicherung

Auch diese Versicherung ist erweitert worden. An vor manchen Seiten angestrebte Einbeziehung des gesamten Gewerbes und Handels wurde nicht erreicht. Bei der Schaffung des Gesetzes 1883 wurden in der Hauptsache nur die in der Industrie und beim Eisenbahnbetrieb beschäftigten Personen der Unfallversicherung unterstellt. Durch das Ausdehnungsgesetz 1886 wurden die großen Transportarbeiterbetriebe und einige Handelsbetriebe, ein Jahr später die in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft beschäftigten Personen mitbezogen. 1887 kamen die Bauarbeiter, sodann die Seeleute zur Versicherung. Durch die Novelle 1890 wurde das ganze Schloßer-, Schmeißer- und Fleischergewerbe der Unfallversicherung unterworfen. Durch die Reichsversicherungsordnung werden neu einbezogen: in der Hauptsache alle Handelsbetriebe, die nicht Kleinbetriebe sind. Es kommen namentlich in Betracht die Personen, die mit der Handhabung und Behandlung von Waren betraut sind. Also die Handelsangestellten mit Ausnahme des Bureaupersonals. In mehreren Korrespondenzen wurde mitgeteilt, daß der Reichstag die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für den Detailhandel beschließen habe. Das ist nicht richtig. Der Reichstag hat vielmehr lediglich zu § 560, in welchem die der Unfallversicherung unterliegenden Gewerbegruppen aufgeführt sind, beschlossen, für das Handelsgewerbe, das bisher zu den Betrieben der Gruppe Nr. 10 gehörte, eine besondere Gruppe, Nr. 11, zu bilden. Zu dieser Gruppe gehören aber sowohl der Groß- wie der Kleinhandel, soweit diese beiden Geschäftsförmern der Versicherungspflicht unterliegen.

Zur Versicherung kommen sodann: Das Dekorationsgewerbe, die Badanstalten, der gewerdmäßige Reittier- und Stallhaltungsbetrieb. Chausseure und Luftschiffer werden gleichfalls der Unfallversicherung unterstellt. Die Gewerbebetriebe, die sich auf Tiefbauarbeiten erstrecken, werden in Zukunft ihrem ganzen Umfang nach versichert, während zurzeit grundsätzlich nur die bei den Tiefbauarbeiten selbst beschäftigten Personen der Versicherung unterliegen. Das Personal der Apotheken, der Steingerätebetriebe, der Winnenfischerei, Fischzucht und der Teichwirtschaft, sodann die bei der Gießerzeugung beschäftigten Personen werden entsprechend den Beschläffen des Reichstags nunmehr ebenfalls versichert.

Im Reichstag wurde darüber hinaus verlangt, es sollten alle Arbeiter, jedenfalls aber die in allen gewerblichen Kleinbetrieben, der Versicherung unterworfen werden. Dagegen wurde insbesondere von Regierungseite entschieden Einspruch erhoben; namentlich auch mit dem Hinweis auf die Sozialversicherung. Alle Unfälle des täglichen Lebens zu versichern, sei ganz unmöglich; die Kleinbetriebe könnten nicht einbezogen werden, mit Rücksicht auf deren unerträgliche Belastung. Mit Ausnahme der vorhin bezeichneten Gewerbe sind also auch künftig nur die in Fabriken beschäftigten Personen unfallversichert. Als Fabriken gelten Betriebe, die gewerdmäßig Gegenstände bearbeiten oder verarbeiten und hierzu mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigen. Weiter auch solche Betriebe, die nicht bloß vorübergehend Dampfessel oder von elementarer oder tierischer Kraft bewegte Triebwerke verwenden.

In den nach § 560 der Versicherung unterliegenden Betrieben sind gegen Betriebsunfälle versichert: Arbeiter, Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge; sodann Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, deren Jahresgehalt 5000 Mark nicht übersteigt; bisher 3000 Mark. Die hier genannten Personen sind also zwanagsweise versichert; wenn sie in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind.

Es können aber auch selbständige Unternehmer der Versicherung unterworfen werden, wenn ihr Jahresverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, oder wenn sie regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Versicherungsfrei sind Beamte, die mit festem Gehalt und Anspruch auf Ruhegehalt in Betrieben des Staates oder der Gemeinden angestellt sind.

Die Leistungen der Unfallversicherung bewegen sich in den bisherigen Grenzen. Es wird Ersatz geleistet für Schäden, die durch Körperverletzung oder Tötung entstehen. Bei Verletzung sind vom Beginn der 14. Woche an zu gewähren: freie ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei und anderen Heilmitteln, sowie mit den Hilfsmitteln, die erforderlich sind; um den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern; sodann eine Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Die Rente beträgt bei völliger Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel des berechneten Jahresarbeitsverdienstes; bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit eine Teilrente. Von den Interessenten ist öfters schon eine Erhöhung der Rente auf drei Viertel des Verdienstes und höher gewünscht worden. Ein diesbezüglicher Antrag in Kommission wurde jedoch entschieden bekämpft. Es wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß im Falle der Gewährung des ganzen Arbeitsverdienstes als Entschädigung die Selbstversicherung einen größeren Umfang annehmen könnte. Wenn nur die von den Arbeitgebern verschuldeten Unfälle entschädigt werden könnten, dann könnte man diese Forderung erfüllen.

Es würden aber alle Unfälle entschädigt, auch die von den Arbeitern selbst verschuldeten. Das bringe große Lasten, die von den Arbeitgebern allein getragen werden müßten, da die Arbeiter zu der Unfallversicherung keine Beiträge bezahlen. Der betreffende Antrag wurde deshalb mit großer Mehrheit abgelehnt.

Eine lange Debatte gab es über den § 582 der Regierungsvorlage, der den Berufsgenossenschaften gestatten wollte, die kleinen Renten bis zu 20 Prozent der Vollrente auf Zeit zu bewilligen. Von gewissen Seiten wird längst eine Beseitigung dieser kleinen Renten angestrebt; der genannte Paragraph wäre der erste Schritt zum Ziele gewesen. Die Versicherten hätten nach Ablauf der Zeitrente eine neue Feststellung der Rente in aller Unabhängigkeit verlangen müssen und wären wohl in den wenigsten Fällen wieder zu ihren sog. „Schnapsrenten“ gelangt. Der Paragraph wurde deshalb vom Reichstag gestrichen.

Es soll hier nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden: es werden nur Unfälle im Betrieb oder solche bei der Betriebsarbeit entschädigt, nicht etwa auch Unfälle des täglichen Lebens, die überall und allen passieren können, Unfälle auf dem Wege zur Arbeit werden nur in ganz besonderen Fällen als entschädigungspflichtig erachtet. Es wurde in der Kommission der Versuch gemacht, dies zu ändern. Das gelang nicht. Von Regierungseite wendete man ein, daß dann z. B. auch Versicherte, die auf dem Wege zur Arbeit ein Wirtschaftshaus besuchten, dort über die Schwelle fielen und sich verletzten, entschädigt werden müßten. Man solle die Entscheidung dieser Fälle dem Reichsversicherungsamt überlassen, das bisher schon die betreffenden Gesetzesbestimmungen den Versicherten gegenüber günstig ausgelegt habe. Dabei blieb es.

Die bisherige Vorschrift, daß vom Beginn der 6. Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche dem Verletzten ein erhöhtes Krankengeld zu zahlen ist, ist geblieben. Verletzte Verletzte dürfen in der Regel nur mit ihrer Zustimmung zur freien Kur und Verpflegung in eine Heilanstalt eingewiesen werden. Um die Folgen eines Unfalles zu beseitigen oder zu mildern, kann die Berufsgenossenschaft schon vor Ablauf der 13. Woche ein Heilverfahren eintreten lassen. Bei Tötung ist ein Sterbegeld zu gewähren von mindestens 50 Mark, sonst der 15. Teil des Jahresarbeitsverdienstes.

Wenn ein Versicherter durch Betriebsunfall getötet wird, haben seine Witwe und seine Kinder Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Als Kinder in diesem Sinne gelten bisher nur die ehelichen Kinder. Die Reichsversicherungsordnung hat diesen Anspruch auch den unehelichen Kindern zugestimmt, jedoch nur, wenn der Verstorbene ihnen nach Gesetz Unterhalt gewährt hat. — Die Rente beträgt ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes sowohl für die Witwe als auch für jedes Kind unter 15 Jahren. Mehr als drei Fünftel werden jedoch nicht ausbezahlt.

Das Recht der Ausländer oder deren Hinterbliebenen auf Rente ruht, solange sich der berechtigte Ausländer freiwillig gewöhnlich im Auslande aufhält oder solange der berechtigte Ausländer wegen Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiete ausgewiesen ist. Das gleiche gilt für den berechtigten Ausländer, der aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren ausgewiesen ist. Der Bundesrat kann das Recht der Rente für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher ausländischer Staaten ausdehnen, deren Gesetzgebung den Deutschen eine entsprechende Fürsorge gewährleistet.

Die Höhe der Rente richtet sich nach dem verdienten Jahresarbeitsverdienst. Bisher wurde nur ein Jahresarbeitsverdienst bis zu 1500 Mk. voll angerechnet. Durch die Reichsversicherungsordnung wird die Summe auf 1800 Mark hinausgesetzt. Dadurch erhalten von nun an viele Verletzte eine höhere Rente. Der über 1800 Mark steigende Verdienst wird nur mit einem Drittel angerechnet.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, wenn der Verletzte ein volles Jahr vor dem Unfall im Betriebe beschäftigt war, das Dreihundertfache des durchschnittlichen Verdienstes für den vollen Arbeitstag. In den Fällen, in welchen der Verletzte kein volles Jahr im Betriebe beschäftigt war, wird, nach der Reichsversicherungsordnung abweichend von den bisherigen Vorschriften, der eigene Verdienst zunächst in Berechnung gezogen für die fehlende Zeit im Jahre aber der Lohn eines oder auch mehrerer gleichartiger Arbeiter. Diese so gefundenen Lohnsummen zusammengerechnet, geben den „Jahresarbeitsverdienst“.

Der Begriff „voller Arbeitstag“ ist in der Reichsversicherungsordnung neu eingefügt. Es will damit verhütet werden, daß der nur stundenweise beschäftigte Arbeiter bei der Rentenberechnung besser gestellt wird, als der vollbeschäftigte Arbeiter. Diese Vorschrift ist mehr im Interesse der Berufsgenossenschaften als wie in dem der Versicherten.

Träger der Unfallversicherung sind die durch die Unternehmer gebildeten Berufsgenossenschaften; bei den Staatsbetrieben ist es das Reich oder der Bundesstaat. Eine Gemeinde, ein Gemeinderat oder eine andere öffentliche Körperschaft ist Träger der Versicherung für solche Bauarbeiten und Tätigkeiten, welche sie als Unternehmer in anderen als Eisenbahnbetrieben ausführen, wenn die oberste Verwaltungsbehörde sie auf Antrag zur Übernahme der Last für leistungsfähig erklärt.

Diese Träger haben ausschließlich die Kosten der Unfallversicherung zu tragen; die Arbeiter zahlen dazu nichts. Die Vorschriften über die

Unfallverhütung

weisen Neuerungen auf. Bisher war den Berufsgenossenschaften lediglich die Befugnis eingeräumt, solche Vorschriften zu erlassen, und die Zuwiderhandlung mit Strafe zu bedrohen. Nunmehr verlangt die Reichsversicherungsordnung: Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen über:

1. die Einrichtungen und Anordnungen, welche die Mitglieber zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffen haben,
2. das Verhalten, das die Versicherten zur Verhütung von Unfällen in den Betrieben zu beobachten haben.

Die Aufsicht darüber führt das Reichsversicherungsamt. Daß dieses über die Köpfe der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hinweg Unfallverhütungsvorschriften nicht erlassen konnte, wurde vom Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 130 Stimmen ausdrücklich bestimmt. Der Kompromiß, ohne den im Reichstag ein Gesetz nicht zustande kommt, wurde auch von den Gegnern dieser Bestimmung nicht gebrochen werden. Bei durch Fahrlässigkeit landwirtschaftlicher Unternehmer entstandenen Unfällen wird man aber diese nach § 901 R.V.D. haftbar machen können, und sie so auch ohne die Befugnis des Reichsversicherungsamts zur Ordnung bringen können.

Die Verbesserung erscheint die neu eingeführte Bestimmung, daß, wenn in einem Betriebe mindestens 25 fremde Arbeiter beschäftigt sind, ihnen die Unfallverhütungsvorschriften in ihrer Muttersprache bekannt gegeben werden müssen.

Zur Beratung und zum Beschluß über die Vorschriften hat der Genossenschaftsvorstand Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen.

Dies gilt entsprechend für Gutachten über Schutzvorschriften auf Grund des § 120 a Abs. 2 der Gewerbeordnung, betreffend die Regelung des Betriebes und der Betriebsbedingungen nach gesundheitlichen Rücksichten.

In der Kommission neu eingefügt und vom Reichstag angenommen wurde die Bestimmung: Mithrlich nimmt der Vorstand unter Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten zu den Berichten der technischen Aufsichtsbemten Stellung und regt die Maßnahmen an, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen.

Die Vertreter der Versicherten werden von den Mitgliedern der Oberversicherungsämter gewählt, in deren Bezirke die Genossenschaft oder die Sektion Mitglieder hat. Wahlberechtigt sind jedoch nur solche Mitglieder der Oberversicherungsämter, welche als Vertreter der Versicherten berufen sind und nicht dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung oder der See-Unfallversicherung angehören. Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft kann durch die Satzung bestimmen, daß die Vertreter der Versicherten Knappschaftskassen sein müssen. Wird diese Bestimmung getroffen, so werden die Vertreter der Versicherten von den Knappschaftskassen gewählt. Die Vertreter sind zu entschädigen.

Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

II.

Den Menschen ihre schlimmsten Feinde vorzuführen, die an ihrer Gesundheit, sowohl Leiblicher wie geistiger, zehren, das erfüllt die internationale Hygiene-Ausstellung in vorzüglicher Weise. In populärer, großzügiger, und auch wieder bis ins Detail gehender Art läßt sie die schlimmsten Volkskrankheiten an unserem Auge Revue passieren. Zugleich auch wie ehemals und heute die Menschen in hartem Kampfe mit diesen um die Oberhand in wechselnden Erfolgen ringen. Auch wie finsterner Aberglaube und Kurpfuscher die schlimmsten Folgen nicht nur verbessern, sondern noch bedeutend vermehren. Lange Reihen Tabellen zeigen uns Auf- und Abstieg in ununterbrochener Reihenfolge. Zu konstatieren ist jedoch daß unsere Zeit die Kurve nach unten drückt, somit die Sterblichkeit im Abnehmen begriffen ist. Gewähr erwartet uns alle einmal der Tod, es kommt nur auf die unter Beobachtung aller hygienischer Maßregeln mögliche Verlängerung des Lebens an.

Und auch da gibt es wieder grelle Unterschiede, je nach dem Stande der Kultur eines Landes und seiner Bemühungen um die Volksgesundheit. Rußland hat gewiß der Ausstellung einen hochinteressanten Bau geschenkt, der auch innen, d. h. mit dem, was darin aufgestellt ist, nicht enttäuscht. Im Gegenteil, das ist etwas ganz anderes, als man sich unter Rußland gemeinhin vorstellt. Wenn trotzdem dieses Land mit der Krankheits- und Sterblichkeitsziffer oben an steht, so ist es jedenfalls keine unzutreffende Annahme, daß man schließlich eine Ausstellung unter Zuhilfenahme einiger Musteranstalten gut herauszufinden kann, ohne damit einen Schluß auf die wahren sanitären Zustände eines Landes allgemein zuzulassen.

Im ganzen Kindesalter stellt der Bürger Tod sich als ein überflüssiger Gast ein. Als ob ihm seine Opfer in diesem Alter am liebsten wären. Ein Fünftel des weiblichen und ein Viertel des männlichen Geschlechts raubt er in Deutschland im ersten Lebensjahre dahin, um dann die Kurve in rascher Folge nach unten gleiten zu lassen. Säuglings-, Kinder- und Mutterjahre klingen da in unseren Ohren. Wohl sagen uns die Tabellen, daß die Säuglingssterblichkeit im Rückgang begriffen ist. Wer auch, daß sie unter den armen Klassen weit mehr Opfer fordert, wie unter den besser gestellten; daß auch noch ein weiterer Unterschied hinzutritt, je nachdem die arme Mutter in einem gesundheitsgefährlichen Beruf tätig sein muß. Um so dankenswerter ist es, daß dem Kinderschutz ein breiter Raum gewährt ist, der sich nicht mit der gesundheitsgefährlichen Behandlung der jungen Lebewesen begnügt, sondern eine umfassende Erziehung in den verschiedensten Abteilungen, wie der Ernährung, Kleidung, Schule, Fürsorge für Schwachbegabte, Krüppel, Blinde und Taubstumme, Sport usw. gefunden hat.

Die infektiösen Krankheiten, in ihrer fürchterlichen Grauenhaftigkeit, nehmen wohl den größten Teil der Ausstellung dieser Art ein. Die schrecklichsten von ihnen, Cholera und Pest, sind ja Gott sei Dank bei uns seltene Gäste. Seitdem die Cholera in den neunziger Jahren in Hamburg gewütet, ist sie nur in einzelnen aus dem Auslande herbeigekommenen Fällen aufgetreten. Mit aller Strenge und Umsicht hat uns unsere amtliche Gesundheitspflege vor diesen Gefahren der Menschheit bewahrt. Die im Vorjahre in der Mandchurie ausgebrochene Pest ist jetzt noch nicht vollständig erloschen, in weiten asiatischen, besonders indischen und auch afrikanischen Gebieten ist sie ein beständiger Gast und fordert alljährlich Tausende und Abertausende von Menschen. Uns bedrängen als die meisten und gefährlichsten Infektionskrankheiten Typhus, Scharlach, Tuberkulose und Diphtherie. Hier tritt um so deutlicher der hohe Stand der deutschen Hygiene und seiner ärztlichen und medizinischen Wissenschaft hervor. Auf dem Gebiete der Heilserumsforschung ist Deutschland anderen Ländern weit voraus. Mit seiner umfassenden Bekämpfung infektiöser Krankheiten hat es anderen Ländern ein leuchtendes Beispiel gegeben, wie uns das z. B. in der brasilianischen Abteilung in der Bekämpfung der Malaria und Gelbfieber in hervorragendem Maße begegnet. Die Männer Koch, Behring u. a. sind uns bekannt: ersterer wegen seiner Tuberkuloseforschungen, letzterer von seinem Diphtherieheilerum. Kochs Vibrio ist mit einem frischen Vorbeibrang geschmückt, und wahrlich mit Recht. Nicht nur Deutschland kennt diesen Wohltäter der Menschheit. Die Tropenabteilung zeigt ihn uns unter armen schlaftranken Regnern in voller Tätigkeit. Seitdem er den Verbreiter der furchtbaren Schlafkrankheit in Gestalt einer Sumpfliliege entbedt und wirksame Mittel dagegen erfunden, ist diese in starkem Rückgange begriffen.

Daß wir nun plötzlich in Afrika angelangt sind, zeigt uns die ungeheure Mannigfaltigkeit der Ausstellung. Dabei ist sie auch nur in kurzen Strichen zu kennzeichnen.

Seitdem unsere modernen Städte mit Kanalisation versehen, durch Entwässerung ein niedrigerer Grundwasserstand erreicht, gesunde Trinkwasserverhältnisse geschaffen, sowie durch

Schutzimpfungen vorbeugend gewirkt wurde, sind die Infektionskrankheiten erheblich zurückgegangen. Nach Besser könnte es sein, wenn die Menschen eine bessere hygienische Kenntnis besäßen und sich einer wirklich gesundheitsfördernden Lebensweise befleißigten. Denn die öffentliche Gesundheitspflege kann auch nur bis zu einem bestimmten Grade gelangen.

An diesem Ziele sollen alle mitarbeiten. Besonders aber auch unsere Industrie, die durch ihre Entwicklung so manche Gesundheitsgefahren hervorgerufen, die zum Teil geradezu schrecklich wirken. In der Abteilung Beruf und Arbeit, und auch in der populären Halle, werden uns die Gefahren der Berufsarbeit vor Augen geführt. Besonders die Gefahren der chemischen Industrie, der Zink- und Bleihütten, und anderer besonders staubreicher Berufe. An vorzüglichsten Präparaten werden uns die hervorgerufenen Entzündungen der Haut, Flechten, Eiterungen, Knochenveränderungen und weit schlimmeres illustriert. Es wird uns auch gesagt, wie dagegen aufzukommen ist. Besonders die staubreichen Berufe erfreuen sich einer bemerkenswerten Aufmerksamkeit, der mit dem Fortschritt unserer Industrie in Staubausfällungs- und Verhinderungsanlagen zusammenhängen dürfte, die hier ihr Können zur Schau stellt. Es ist ja auch, wie uns an Säcken gezeigt, ein erheblicher Teil Staub, den wir vertilgen müssen. Denken wir nur an den Bergmann und an die Steinbauer und Schleifer. Bei beiden letzteren besonders gefährlich, da durch die scharfen Staubteile innere Beschädigungen geschahen werden, die Krankheitserbe bilden können.

Von der Wiege bis zum Grabe führt uns die Hygiene-Ausstellung. Spangenberg's Jug des Todes sieht nicht. Daß auch uns einmal Freund sein könnte, das wissen wir. Es gilt jedoch die höchstmögliche Lebensdauer zu erreichen. Und darum kommt es darauf an, uns nicht nur an Präparaten, Apparaten, Vorschriften und klugen Anweisungen zu zeigen, wie man den verderblichen Folgen der modernen Berufsarbeit vorbeugen kann, sondern daß das alles in die Praxis umgesetzt wird. Das muß die Quintessenz der Ausstellung sein. Darauf kommt es an.

Zur Lage der im Eisenbahnbau und Brückenbau beschäftigten Metallarbeiter.

Von einem Kollegen aus Bochum erhalten wir zu diesem zur Diskussion gestellten Thema folgende Zuchrift:

Man kann nicht sagen, daß die Kollegen, die in Nr. 23 und 24 über diese Frage schrieben, zu schwarz gemalt hätten. Im Gegenteil, Löhne von 4,20 bis 4,70 Mk., wie sie in Nr. 23 aus Eisen angeführt wurden, dürften sogar noch als „weiße Raben“ gelten. Auf einer Maschinenfabrik in Herne, die ebenfalls eine große Eisenkonstruktionswerkstätte hat, ist ein Lohn von 4,20 Mk. schon etwas apartes. Von da ab geht es herunter auf 3,50 Mk. und noch weniger. Ein Unterschied — im Lohn sowohl wie in der Beschäftigungsart — zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern gibt es kaum noch. Derselbe illustrierte die Verhältnisse in dieser Beziehung ein Inzerat, welches wir im vorigen Jahre im Dortmunder Generallanzeiger fanden. Es lautet: „Ein tüchtiger Vorzeichner für Eisenkonstruktionswerkstätte — gelernter Schuster — gesucht“. Es mag nun sein, daß hier der Druckfehlerteufel sein Spiel getrieben, aber in Wirklichkeit trifft es zu, daß gerade zu diesen Zeiten sich vielfach Leute herandrängen, die irgend einen Beruf verfehlt haben, eine Zeitlang in Eisenkonstruktions- und Brückenbauanstalten arbeiten, dann einen Kursus an der Vorzeichnerschule mitmachen — und fertig ist der Vorzeichner. Gerade unter diesen Vorzeichnern und Kolonnenführern, wie man sie nennen will, findet sich ein buntes Durcheinander aller möglichen Berufe, wie Bäcker, Schuster, Schneider, Maurer usw. In vielen Fällen genügt es, wenn sie etwas von der Zeichnung verstehen, und im übrigen das Anreiben zu befragen wissen. Wir wollen nicht verallgemeinern, es gibt auch Leute unter den Vorarbeitern, auf die das nicht paßt; aber ein gut Teil dieser in den Beruf geschneitten Vorarbeiter etc. fühlt sich hoch erhoben über die in ihrer Kolonne beschäftigten gelernten Schlosser, obwohl sie sicher alle Ursache hätten, sich mit den Arbeitern solidarisch zu fühlen; Löhne von 4,50 bis 5,50 Mk. sind doch wahrhaftig noch kein Grund, sich so himmelhoch erhaben über die Arbeiter zu fühlen, wie es manche dieser „Vorgelegten“ für gut finden.

Damit sind wir bei einem der wundesten Punkte in den Brückenbau- und Eisenkonstruktionswerkstätten angelangt — beim Kolonnenführer. Neben ein paar ortsanfässigen Hilfsarbeitern bilden die Kolonnenführer oder Vorzeichner fast allein den ständigen Arbeiterstamm dieser Werkstätten. Würden diese Kolonnenführer sich mit den Arbeitern solidarisch fühlen, würde es in dieser Hinsicht wesentlich besser aussehen. Statt dessen aber fühlen diese Leute sich berufen, dafür zu sorgen, daß nur ja die Organisation unter den Arbeitern nicht Fuß faßt. Unter diesen Umständen ist für einen vorwärtsstrebenden organisierten Arbeiter des Bleibens in einer solchen Bude nicht lange. Zudem sind die ortsanfässigen Leute in diesen Betrieben der Organisation nur schwer zugänglich, mögen die Mißstände auch manchmal noch so groß sein. Die übrige Arbeiterchaft, über die der Vorzeichner „regiert“, kommt und geht. Einige arbeiten einen Tag, andere zwei, drei oder bis zum Sonntag; nur einige wenige halten es mal ausnahmsweise einen oder mehrere Monate aus. Es soll sogar vorkommen, daß auch mal einer ein halbes Jahr bleibt und dann erst den miserablen Verhältnissen Valet sagt und seine Stelle einem anderen, noch unerfahrenen oder unter momentanem „Nalles“ leidenden Kollegen räumt, um an anderer Stelle die nämlichen unerhörten Mißstände wieder anzutreffen. Stodt in einer solchen Bude einmal der Zugang von Arbeitskräften; dann genügt meist ein Inzerat in irgend einem General- oder Standallanzeiger, oder auch eine Benachrichtigung der Herbergen und Arbeitsnachweise der Hauptverkehrsorte — und es geht wieder eine Zeitlang ein und aus; die miserablen Verhältnisse aber bleiben bestehen.

Ein weiterer wunder Punkt ist dann die in manchem dieser Betriebe übliche Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte. Ein typisches Beispiel hierfür sei mitgeteilt aus dem oben angezogenen Betrieb in Herne, mit dem wie gesagt, auch eine Maschinenabteilung verbunden ist. Durch den Namen „Maschinenfabrik“ lassen sich trotz aller üblen Erfahrung noch immer sehr viele Eltern (namentlich Eisenbahner) verführen, ihre schulentlassenen Söhne in diesen Betrieb zu schicken. Die jungen Leute sollen hier das Schlosserhandwerk erlernen; um kalkulieren die Eltern; nach beendigter Lehre im Eisenbahnbau leichter Anstellung zu finden. Wie es aber um die Ausbildung der jungen Leute auf dem Werke bestellt sein kann, mag man aus folgendem ersehen: Die Lehrzeit beträgt 4 Jahre. Mein im April dieses Jahres beabsichtigte diese Firma, etwa 100 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter

einustellen. Nehmen wir diese Biffer als die ungefähre für jedes Jahr an, so ergäben das 3- bis 400 Lehrlinge bei einer Gesamtarbeiterchaft von 700 Köpfen (ohne die Wagnisarbeiter). Von einer ordnungsmäßigen Ausbildung der Lehrlinge kann bei dieser Massenstellung wohl kaum ernsthaft die Rede sein. Der unbefangene Beurteiler wird eher der Meinung sein; daß hier eher die Ausbeutung der billigen jugendlichen Arbeitskraft das treibende Motiv für die Masseneinstellung der Jugendlichen ist. In der Tat soll es gar nicht selten vorkommen, daß so ein Maschinenbaulehrling erst im letzten Jahre der Lehrzeit an seine eigentliche Berufsarbeit herankommt.

Der denkende Arbeiter stößt da täglich auf Vorkommnisse, die — das Knirschen des inneren Menschen auslösen müssen. Da schleppen sich vier, gerade der Schule entlassene Jünglinge mit einem schweren Winkelleisen ab; allerhand schmerzliche Grimassen schneidend; den Bleistift hinterm Ohr spaziert der Herr Vorzeichner nebenan. Und die erkrankten Mitarbeiter? Sie sehen solche und ähnliche Szenen Tag für Tag; sie rühren keinen Finger, um solche und schlimmere Mißstände zu beseitigen; sie sehen nicht, wie diese Ausbeutung der Jugendlichen erheblich dazu beiträgt; ihre miserablen Löhne noch tiefer zu drücken. So betragen auf dem Heiner Wert die Tagelöhne der Lehrlinge im ersten Jahre 60 Pfg.; im zweiten 80 Pfg., im dritten 1,10 Mk. und im vierten 1,40 Mk. Um das Ausrücken des Lehrlings zu erschweren; werden von diesen Forcenden „Böhen“ im ersten und zweiten Jahre noch täglich 20 Pfg.; in den folgenden gar täglich 40 Pfg. als Kauktion zurückbehalten und erst nach beendeter Lehrzeit — wie vermuten gar ohne Zinsen — den Eltern zurückgezahlt.

Die überaus schlechten Löhne haben dann auch noch einen weiteren Mißstand zur Folge, das Ueberdrücken- und Ueberfordern-Unterschied. Eine statistische Erhebung würde wohl den Beweis erbringen; daß in keinem Berufszweige unserer Industrie in diesem Punkte soviel gesündigt wird, wie im Eisenbahnbau und Brückenbau. In manchen Stellen soll man sich sogar mit der 36stündigen Schicht zweimal in der Woche nicht mehr begnügen.

Wie aber ist dieser Arbeiterchaft zu helfen, wie können diese schreienden Mißstände beseitigt werden? — Ohne Zweifel ist es ungeheuer schwer, diese in der Hauptsache ständig fluktuierende Arbeiterkategorie mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen. Einmal wird man hier mit Werkstattebesprechungen einsehen können; die aber wegen der Fluktuation häufiger wiederholt werden müssen. Nebenher muß dann aber unbedingt das Hauptgewicht auf die Kleinagitation, vor allem auf die Hausagitation gelegt werden. Die Kenntnis der Logis-Häuser wird in den meisten Fällen leicht erlangt werden können, da sie den Leuten meist von den Portiers der Werke angewiesen werden. Hat dann die Organisation in diesen Werken einmal Fuß gefaßt, so wird es auch gelingen, den Mißständen zu Leibe zu rücken und die Arbeiter mehr und mehr für den Organisationsgedanken zu gewinnen. Eine, wenn auch noch nicht allzu große Anzahl organisierter Arbeiter werden da schon manchen Mißstand beseitigen; manche Verbesserung erringen können; da wegen des ungeheuren Arbeiterwechsels manchen dieser Betriebe schon die Sperreberhängung verhängnisvoll werden müßte.

Aus der Arbeiterbewegung.

Neue Aufgaben der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine.

Eines der kräftigsten Glieder der großen christlich-nationalen Arbeitervereine sind die katholischen Arbeitervereine. Große Massen von Mitgliedern haben sie herangezogen und erzogen und durch ihre soziale Aufklärungsarbeit den christlichen Gewerkschaften zum Teil die Wege geebnet. Auch heute noch leisten Arbeitervereine anerkanntes Verdienst an Propaganda- und Aufklärungsarbeit für unsere Gewerkschaftsbewegung; eine Stärkung der Arbeitervereine kommt also schließlich auch unserer Gewerkschaftsbewegung wieder zugute. In gleich hohem Maße ist unsere Bewegung an der Kräftigung der katholischen Jugendvereinsbewegung interessiert.

In einem beachtenswerten Artikel der von Dr. Rehbach (Freiburg i. Br.) redigierten „Sozialen Revue“ begründet Kollege Stegerwald (Wien) eine bessere organisierte Zusammenfassung der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine. Gegenüber den immer größer werdenden Aufgaben dieser Vereine treibt die heutige starke Dezentralisation und das Fehlen einer Zentralfstelle, von der einheitliche Richtlinien für die praktische Arbeit ausgehen werden könnten, als eine fühlbare Schwäche hervor. So bestehen heute allein im katholischen Arbeitervereinslager sechs Verbände, von denen jeder für sich völlig unabhängig von den anderen arbeitet. Diese sechs Verbände geben sieben regelmäßig erscheinende Verbandsorgane heraus. Zweifellos haben diese Vereine und Verbände in religiöser Hinsicht außerordentlich vieles geleistet; aber andererseits ist auch nicht zu verkennen, daß die Bewegung mit der Gesamtmitgliedszahl von 460 000 infolge der Dezentralisation auch nicht annähernd ihrer Bedeutung entsprechend im öffentlichen Leben Deutschlands zur Geltung kommt.

Die zentralistisch zusammengefaßte, in allen ihren Zweigen einheitlich ineinander arbeitende Sozialdemokratie zeigt da ein ganz anderes Bild. Seit Durchführung der strafferen Organisationsform ist im sozialdemokratischen Lager die Mitgliederzahl der Parteioorganisation von 384 326 im Jahre 1906 auf 720 038 im Jahre 1910 gestiegen. Mit Recht weist Kollege Stegerwald dann darauf hin, daß auch im Lager der katholischen Arbeitervereine mit einer einheitlich zusammengefaßten Mitgliedschaft größere Aktionen viel wirkungsvoller in Angriff genommen und durchgeführt werden könnten, als mit sechs zerstückelten Verbänden. Notwendig wäre deshalb für unsere katholischen Arbeitervereine:

1. Eine größere Zentralisation. Die hiergegen erheblichen Einwände können als stichhaltige nicht angesehen werden. Schon heute erstrecken sich einige Verbände über 8-10 Bezirke. So gut diese Verbände in religiöser Hinsicht eine einwandfreie Tätigkeit entfalten; kann das auch ein Verband; der sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt. Eine reifliche Zentralisation wie bei den Gewerkschaften und die Verschmelzung aller herausgegebenen Organe zu einem einzigen ist freilich von heute auf morgen nicht möglich. Möglich aber ist beispielsweise, daß die Verbände wenigstens, die in der Beurteilung der Gewerkschaftsfrage einig sind, einen geschäftsführenden Ausschuss einsehen und auf die Bildung einer Zentralfstelle hinarbeiten.
2. Ein weiteres Gebiet, das mehr einheitlich gepflegt werden sollte, ist die Herausgabe und Verbreitung von billiger Literatur. Auflage und Absatz werden dann

einen ganz anderen Umfang als bisher annehmen, und der beabsichtigte Zweck wird viel eher erreicht werden.

3. Erscheint auch eine größere Zentralisation des Passierens notwendig. Die heute bestehenden Klassen und Klassen und schier ins Ungemessene gehenden Unterstützungseinrichtungen in manchen Vereinen haben zur notwendigen Folge; daß ein großer Teil der Arbeitervereinsmitglieder, der in die Kranken-, Sterbe- und andere Klassen-einrichtungen der Arbeitervereine seine Beiträge bezahlt und durch die Arbeitersekretariate Rechtsschutz genießt, sich als gewerkschaftlich organisiert vorfindet und zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften überhaupt nicht mehr zu bewegen ist.

4. Im Falle einer besseren Zusammenfassung der katholischen Arbeitervereine würde auch zwischen diesen und den christlichen Gewerkschaften in vielen Fällen systematischer und einheitlicher zusammen gearbeitet werden können. Eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Glieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wird auf die Dauer zur absoluten Notwendigkeit.

5. Auch ist eine einheitlichere Ausbildung der Arbeitersekretäre; namentlich der vorwiegend in der Agitation tätigen; sehr wünschenswert.

Bezüglich der Reform der Jugendvereine schlägt Kollege Stegerwald dann noch vor:

1. Eine straffere Zusammenfassung der einzelnen Vereine und der bestehenden Abzweigungen.
 2. Die Anstellung mehrerer für die Jugendvereinsarbeit hauptsächlich tätiger Kräfte.
 3. Ein systematisches Zusammenarbeiten zwischen Jugend-, Gesellen-, Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften.
 4. Schaffung eines einheitlichen; nach allen Richtungen hin gut ausgestatteten Organs anstelle der vielen Jugendblätter. Dadurch wird auch ein mehr einheitlicher Geist in die katholische Jugendvereinsbewegung eingeblasen und sie dasjenige Maß von Schwungkraft erhalten, das jeder Bewegung unentbehrlich ist; die Massen werden will.
- Wir sind der zurechtfindenden Erwartung; daß die maßgebenden Kreise sich diesen wohlbedachten Reformvorschlügen des Kollegen Stegerwald nicht verschließen werden können. Aber auch an unsere Kollegen in den katholischen Arbeitervereinen tritt jetzt die Pflicht heran; im Sinne dieser Reformvorschlüge zu wirken. Ungeheuer viel würde unsere katholische Arbeiter- und Jugendvereinsbewegung mit der Verwirklichung dieser Vorschläge an Schwung und Stofkraft gewinnen; ihre Arbeitsbasis würde erweitert und gefestigt und für unsere christlichen Gewerkschaften würden sich neue Ausbreitungsmöglichkeiten eröffnen. So bedeutet denn eine in obigem Sinne durchgeführte Reform der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine — eine Stärkung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Zehn Jahre christlicher Malerverband.

Im vergangenen Monat konnte der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe sein zehnjähriges Bestehen feiern. Eine Sondernummer des Organs des Verbandes, „Der deutsche Maler“, ist dieser Erinnerung gewidmet.

Einem Rückblick, den das Blatt aus diesem Anlasse bringt, ist zu entnehmen, wie trotz aller Hindernisse der Verband zu einer festen Stütze für die christlich gestimmten Maler geworden ist. Eine der größten Schwierigkeiten war der Mangel an Mitteln, hervorgerufen durch die anfänglich nur geringe Opferwilligkeit der christlichen Arbeiterchaft. Hier galt es zunächst, Erziehungsbildung zu leisten. Dem christlichen Malerverbande ist sie gelungen; er brachte seinen Mitgliedern die Erkenntnis bei; daß nur dem Stande zu helfen ist, dessen Glieder sich selbst helfen wollen und die neben dem persönlichen Opfer rastloser Tätigkeit es auch an der Aufbringung angemessener Mittel nicht fehlen lassen. Von Stufe zu Stufe ist der anfänglich 10 Pfg. im Winter und 20 Pfg. im Sommer betragende Beitrag gestiegen. Zahlen doch zurzeit die Junggehilfen 30 Pfg. regulären Beitrag; und beträgt der Pflichtbeitrag für die sonstigen Mitglieder — abgesehen von wenigen; durch besondere Verhältnisse bedingten Ausnahmen — 25 Pfg. für die vier Winter- und 60 Pfg. für die acht Sommermonate. Diese Beiträge haben sich für die Mitglieder des Malerverbandes reichlich gelohnt.

Die Lohn- und Tarifbewegungen 1907 brachten für circa 2000 Verbandsmitglieder an Lohnerhöhung rund 160 000 Mk. 1908 waren rund 50 000 Mk. das Ergebnis weiterer Bemühungen. Selbst in der Periode des wirtschaftlichen Niederganges 1909 kamen circa 45 000 Mark hinzu. Der Abschluß des Reichstags anfangs 1910 brachte für 2700 Mitglieder rund 180 000 Mark an Lohnerhöhung; sodas nur einmal gerechnet ca. 435 000 Mk. an Mehrlohn allein in den letzten vier Jahren den Mitgliedern des christlichen Malerverbandes zufließen. — Wir wünschen unserem Bruderverbande auch für seine weitere Arbeit und Entwicklung reichen Erfolg.

Vorgetan und nachbedacht . . .

Ein gar bewegliches Klagefeld stimmt der Jahresbericht der Handelskammer zu Hagen für das Jahr 1910 über die mannigfachen Schäden an; die die große Ausperrung Mitte verflohenen Jahres im Hagen-Schmelmer Industriegebiet angerichtet habe. Es heißt da u. a. wörtlich:

„Welche Folgen hat aber diese schwere Heimsuchung unserer heimischen Industrie gebracht! Welche Entzüge sind den Unternehmern entgangen; welche Löhne den Arbeitern! Wie mußte das zurückwirken auf den Kleinhandel; die Gastwirtschaftsbetriebe; die Verkehrsinstitute usw. Welche Summe an Steuern haben dadurch die Kommunen eingebüßt! Eine Menge Beziehungen sind hierförsigen Firmen zerfallen; Lorenz gegangen und auswärtigen Firmen zugeflogen; die nicht wieder zurückgewonnen sind. Manche tüchtige Arbeiter sind abgewandert; worüber namentlich in Schwelm und Happe Klage geführt wird. Der Gedanke der Zusammengehörigkeit zwischen Arbeitgeber und -nehmer hat stark gelitten; denn mit schwerem Herzen hat mancher Unternehmer besonders kleiner oder mittlerer Betriebe, um die Solidarität zu wahren; auch seine ältesten und treuesten Arbeiter mit entlassen müssen und damit eine ungewollte Erbitterung herbeigeführt.“

Wir meinen; diese Klage über den Hagen-Schmelmer Unternehmern kommen reichlich spät. Wies das hätten sie bedenken sollen; ehe sie die 13 000 Arbeiter auf die Straße setzten; weil diese mit der Einführung des einseitigen Zwangsarbeitsnachweises sich nicht einverstanden erklären wollten. Es ist also nicht die Schuld der Arbeiter; wenn im Hagen-Schmelmer Industriegebiet so schmerzende Schäden eingetreten sind; die Arbeiter kämpfen nur für ihre Koalitionsrecht und das Recht der Freizügigkeit.

Haben die Hagen-Schwelmer Unternehmer aus diesem Kampfe und seinen Folgen etwas gelernt, so sind die Opfer schließlich nicht vergebens gebracht. Aber auch den Unternehmern an anderen Orten empfehlen wir die obigen Auslassungen des Hagenen Handelskammerberichts angelegentlich zur Beachtung. In manchen Stellen noch könnten sie als Wegengift gegen scharfmacherische Einflüsse gute Dienste leisten.

Die Löhne der staatlichen Güttnerarbeiter Württemberg standen am 4. Juli in der zweiten Kammer des württembergischen Landtages zur Debatte. Bei dieser Gelegenheit trat u. a. der Abg. Vollege Andre entscheidend für die Güttnerarbeiter ein. Nach einem uns vorliegenden Pressebericht führte er aus:

Bei den dreitägigen Debatten im Finanzausschuß habe die Arbeiterfrage eine große Rolle gespielt. Merklichste Tatsache habe die Arbeiterschaft des Güttnerwerks Wasserfallungen seitens der Regierung schlechte Noten erhalten. Es habe geheißen, ein Teil der Arbeiterschaft sei nicht genügend leistungsfähig; die Konkurrenz schaffe Mißtrauen; die Arbeitslosigkeit herabgesetzt werden; die Arbeiterschaft gebe nicht ihr Bestes; das Pflichtbewußtsein derselben lasse sehr zu wünschen übrig. Er habe schon im Anschluß diese Vorwürfe als unbedeutend zurückgewiesen. Die Einrichtungen laßen in technischer Beziehung zu wünschen übrig, ebenso das Arbeitssystem. Die aus dem Rheintal und Westfalen zugewanderten Arbeiter wuchsen häufig. In der Wasserfallinger Arbeiterschaft herrsche große Erregung; umso mehr, da noch nie so angestrengt gearbeitet werden mußte, wie in den letzten drei Jahren. Seit Verbesserung des Werks in Königsbrunn werden dort die meisten eine Rente abwerbenden Spezialisten fabriziert. Nebenher weist auf mancherlei Mißstände hin, welche z. B. den Akkordarbeitern viele Arbeitszeit wegnehmen. Nach Verbesserung der Arbeit steht es oft zwei bis drei Stunden an, bis die Akkordarbeiter neue Arbeit angewiesen erhalten. Die Verwaltung solle nach dem Rechte sehen, so daß die Arbeiter die Arbeitszeit richtig ausnützen können. Die technischen Einrichtungen sind mit Recht bemängelt worden. In der Gießerei sollten die Wasserbehälter vermehrt werden. In der Gießerei befindet sich noch ein Zirkelkanal, der in ein Mercuriummuseum passen würde. Die Verwaltung hat dazu beigetragen, daß die Arbeiterschaft infolge technischer Einrichtungen und mangelhaften Zusammenarbeitens von oben nicht das leisten kann, was erwartet werden könnte.

Bei der Vergütung der Arbeiter hat sich mehr oder weniger eine Günstlingswirtschaft eingestellt; ein Mindestlöhne sollte garantiert werden. Gelernte Maurer werden merkwürdigerweise zu Tagelohnarbeitern verwendet. 95 Wasserfallinger Arbeiter haben bei zwölfstündiger Arbeitszeit 30 Pfg. Stundenlohn; 37 Walzer einen Stundenlohn von 37,3 Pfg. Das sind Löhne, bei welchen die Leute sich nichts aufzählen können. Das Gutachten von Spantagel spricht deshalb von schlechten Ernährungsverhältnissen der Arbeiterschaft. Die bestbezahlten Arbeiter sind auch die leistungsfähigsten. Durch Darbietung von Tee, Milch, u. a. sollte seitens der Verwaltung dem Alkoholgenuß entgegengetreten werden.

Er bestreite, daß durch die Organisationen ein Umschwung in der Gesinnung der Arbeiter eingetreten sei. Die Gewerkschaften erziehen ihre Leute, daß sie ihre Pflicht ganz erfüllen und bestreben sich, einen leistungsfähigen Arbeiterstand heranzubilden. Der Arbeiterausschuß wird in Arbeits- und Lohnfragen nicht gehört. Derselbe soll freilich darin nicht entscheiden; aber er sollte das Recht haben, Klagen vorbringen und um Abhilfe von Mißständen bitten zu dürfen. Auch sollte dem Arbeiterausschuß gestattet sein, Vorschläge für technische Verbesserungen zu machen. Er möchte deshalb die Untätigkeit des Ausschusses begründen, ebenso die Verbesserung der Löhne der Arbeiterschaft um 25 000 M. Dem Zusatzantrag Reichel betr. Zurückziehung von Beiräten der Gewerkschaften bei Abschluß von Tarifverträgen stimme er zu. Eine Einigung zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft käme dann viel leichter zustande. Im Interesse des Zustandekommens der Tarifverträge wäre deshalb ein solches Zusammenarbeiten angezeigt. Wir haben in Wasserfallungen Arbeiter, deren Väter und Großväter schon im Werk gearbeitet haben und welche wissen, was sie dem Werke schuldig sind.

In der Beantwortung der Rede des Kollegen Andre betonte Minister v. Geßler u. a.: Ein schlechtes Prädikatszeugnis sei der Wasserfallinger Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit von der Verwaltung nicht erteilt worden; die von Andre beanstandeten Bemerkungen haben sich lediglich auf einen Teil der Gießereiarbeiter bezogen. Wenn bei der Zuteilung von Akkorden Bevorzugungen und Zurücksetzungen vorkommen, so entspreche dies natürlich nicht dem Wunsch und der Absicht der Werkverwaltung. Die Arbeiterausschüsse werden schon seit längerer Zeit gehört; auch bei Lohnfragen; es sei ihm (Redner) auch außer allem Zweifel, daß die Klagen der Arbeiterausschüsse von der Verwaltung auf eingehendste geprüft werden. Das Hauptbestreben der Verwaltung geht dahin, sobald wie möglich zu einer Verbesserung der geschäftlichen Ergebnisse, zu einer Sanierung der Werke zu gelangen.

Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden — dieselbe bestreite bereits in Königsbrunn und Schußentried — würde, wenn sie allgemein durchgeführt werden wollte, einen Mehraufwand von 65 000 Mark erfordern; wovon etwa zwei Drittel auf Wasserfallungen allein entfallen würden, so daß dieses Werk namentlich nachdem eine Erhöhung der Löhne der Güttnerarbeiter bereits um weitere 75 000 Mark beschlossen worden sei, eine Ablieferung an die Staatskasse nicht mehr machen könnte. Ueber allgemeine Reduktionen von Akkordlöhnen würden die Arbeiterausschüsse in der Regel gehört.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen hob dann der Berichterstatter Rembold-Walen noch hervor, daß die Zuchtlosigkeit der Arbeiterschaft in Wasserfallungen nicht zu bestreiten sei. Der Alkoholverbrauch sei in wenigen Jahren so gesunken, daß die Biersteuer von 8000 auf 5000 M. herabgegangen wäre. Die Mehrheit des Ausschusses sehe aber auf dem Standpunkte, daß der Antrag Reichel (sog.) Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, zur Zeit nicht angezeigt sei. Die Selbständigkeit der Arbeiterausschüsse dürfe nicht beschränkt werden. Des weiteren betonte der Berichterstatter, die Arbeiterausschüsse sollten zunächst selbst handeln. Die Beiziehung von Gewerkschaftsvertretern solle aber im Auge behalten werden.

Der Titel 9 wurde mit den Ausschlußanträgen angenommen; die weitergehenden Anträge, für die auch Kollege Andre plädiert hatte, fanden leider keine Mehrheit.

Die staatlichen Güttnerleute sind immerhin einen schönen Schritt nach vorwärts gekommen; mögen sie entschlossen weiter arbeiten an der Festigung und Stärkung ihrer Organisation und weitere Fortschritte werden mit Sicherheit folgen.

Die Lohnbewegung in der Nürnberger Spielwarenindustrie wird von der sozialdemokratischen Presse berührt, um die christlichen Gewerkschaften in schwindelhafter Weise als vollständig bedeutungslos bei dieser Bewegung hinzustellen. Mit christlichen Mitteln kann man die christlichen Gewerkschaften nicht verdrängen, deshalb werden von den Gewerkschaften wider besseres Wissen falsche Zahlen in die Welt gesetzt. So brachte die Frankfurter „Volksstimme“ folgende Notiz:

Die Nürnberger Spielwarenarbeiter sind am Freitag in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: 55stündige Arbeitszeit pro Woche, ein Mindestlohn für männliche Arbeiter von 33 bis 50 Pfg., für Arbeiterinnen 20 bis 28 Pfg. und Regelung des Akkordwesens. In Betracht kommen rund 2850 Personen, von denen 2880 im Metallarbeiterverbande und 200 in anderen freien Organisationen organisiert sind. Die christlichen Arbeiter kommen bei der Lohnbewegung mit 6 männlichen und 2 weiblichen Personen in Frage.

Diesem Bericht zufolge wären fast 98 Prozent der Arbeiter sozialdemokratisch organisiert. Nun hat aber in einer Branchenversammlung der sozialdemokratische Verbandsvertreter Müller erklärt, daß von den im Jahre 1904 bzw. 1906 getroffenen Vereinbarungen (zwischen den Industriellen und dem sozialdemokratischen Verband) kein Jota mehr vorhanden sei. Eintrauendes Kennzeichen für eine Organisation, wenn trotz hoher Mitgliederzahl alles Erreichte wieder verloren ging.

Tatsächlich kommen nicht 2850, sondern über 5000 Personen in der Metallspielwarenindustrie für Nürnberg in Frage. Der christliche Metallarbeiterverband ist mit 86 Mitgliedern betriebl. Einschließlich der einzelnen in anderen christlichen Berufsverbänden organisierten Arbeiter kommen für die christlichen Organisationen nicht 8, sondern über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage.

Auch Verdrängung der Tatsachen will man ja von jener Seite das einseitige Vorgehen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes rechtfertigen. Das Verlangen, den christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Vertretung in der Lohnkommission zuzugestehen, hat der sozialdemokratische Verband propfing abgelehnt; ja, man ging sogar soweit, die christlichen Gewerkschaften zu beschimpfen, obwohl auch von der gleichen Seite auf die dringende Notwendigkeit der geschlossenen Einigkeit hingewiesen wurde. Man sieht, diese Leute meinen es mit der Einigkeit der Arbeiterschaft ebensowenig ehrlich, als wie mit der Wahrheit. Alles ist ihnen nur Mittel zu sozialdemokratischen Agitationszwecken. Wie lange will ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft solchen Betrütern an der Arbeiterfrage noch willig Gefolgschaft leisten?

Grundschau.

Einen Vorstoß der Scharfmacher hat die sozialdemokratische Herrschaft ausgesetzt. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat bei der Reichsregierung beantragt, dem § 21 des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

„Wer durch gefährliche Drohung einem anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Geld bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.“

Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachen.“

Die Begründung hat sich der Zentralverband aus den sozialdemokratischen Helldaten der letzten Jahre herausgeholt. Jetzt zeigt es sich, daß wir recht hatten mit unsern Warnungen; die sozialdemokratischen Gewerkschaften möchten den Bogen nicht überspannen. Wenn dochstehender Paragraf in dieser Form Gesetz würde, so wäre selbstredend jede ernsthaftes Interessenvertretung der Arbeiter ausgeschlossen. Zum Glück hat der Zentralverband nicht allein zu bestimmen. Es sind auch noch andere Faktoren da, welche diese Pläne verhindern werden. Daß man sozialdemokratischen Macht- und Terrorismusgeflüsten auch ohne Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterschaft bekommen kann, zeigt die eben erlebte Frage der Krankenkassenangelegenheiten in der Reichsversicherungsordnung. Der Schritt des Zentralverbandes zeigt aber auch einmal wieder, wie notwendig die Betätigung der Arbeiter in bürgerlichen Parteien ist; nur dadurch kann Scharfmacherplänen wirksam entgegengetreten werden. Die Sozialdemokraten und ihre Gesinnungsgenossen können und nicht vor Ausnahmegeetzen bewahren; die können wohl die „Masse aufzütteln“ und in „flammernde Entrüstung“ machen, aber schämen können und wollen sie die Arbeiter nicht. Darum: Weg mit den Schreibern und Terroristen!

Eine merkwürdige Ansicht über die Ursache des großen Arbeiterwechsels in der schweren Industrie bekundete der Direktor der schlesischen A.-G. für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb, Abteilung Zinkwerk, Kall bei Köln. Der Herr meinte am Kölner Gewerbegericht, der große Arbeiterwechsel sei nicht auf schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückzuführen; sondern — auf die Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten. Ist diese Meinung auch nicht neu — ist sie doch dem Arsenal der Gewerkschaftsgegner entlehnt — so kann sie doch nicht unwidersprochen bleiben. Andere Kreise, darunter die höchsten Regierungsstellen haben eine bessere Meinung von der Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten. Es sei nur an das Urteil erinnert, welches kürzlich der Herr Staatssekretär Dellbrück im Deutschen Reichstag über die Arbeitersekretäre fällt. Auch ist es ein Konfession, zu glauben, daß Arbeiter ihre Arbeitsstelle aus purem Vergnügen an Wechsel ändern. Das mag wohl bei ganz jungen Leuten vorkommen; dann aber geschieht's meist aus Zwang, die Fachkenntnisse zu erweitern. Im übrigen geht ein Arbeiter, genau so wie alle anderen Leute nur, wenn er sich verbessern kann. Für die reiche und gute Gewinne einheimische schlesische Zinkgesellschaft müßte es leicht sein, sich einen tüchtigen Arbeiterplan zu schaffen. Vernünftige Arbeitszeit, gute Behandlung und auskömmliche Löhne, das sind die Forderungen, die die Gewerkschaftsbeamten für die Arbeiter stellen und vertreten — zugleich aber auch die besten Mittel, der Fluktuation der Arbeiter Einhalt zu tun. Nicht aus Freude am Krangel haben sich die Arbeiter organisiert und Arbeitskollegen zur Vertretung ihrer Interessen freigestellt.

Die genannte schlesische Gesellschaft ist sehr wohl in der Lage, ihren Arbeitern ausreichende Verhältnisse zu schaffen. Nach der Bilanz vom 30. 12. 1909, (die neue steht uns noch nicht zur Verfügung) hatte sie bei 27 279 000 M. Aktienkapital mehr als neun Millionen Mark Reserven. Im Jahre 1909 betrug der Reingewinn nach 2 325 000 M. Abschreibungen

4 563 066 M. Seit dem Jahre 1890 verteilte sie insgesamt 343 Proz. Dividende; das sind durchschnittlich 17,15 Proz. Dabei war der Dividendenbogen im Jahrzehnt der Arbeiterorganisationen von 1900—1909 entschieden höher als im vorhergehenden. Von 1890—99 wurden 157 Proz. über 15,7 Proz. im Durchschnitt ausgeschüttet; von 1900—1909 gelangten dagegen 186 Proz. über 18,6 Proz. im Durchschnitt zur Verteilung. Bei solch glänzenden Resultaten ist es einfach unverständlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wenn von der verheißenden Tätigkeit der Gewerkschaften geredet wird. Da liegt die Verheißung ganz wo anders; oder glaubt man die Arbeiter lebten auf dem Mond und erfährten nichts vom Geschäftsergebnis?

Aus der Metallindustrie. Der Verein deutscher Metallenfabrikanten hielt am 11. d. Mts. in Hagen i. W. eine ordentliche Hauptversammlung ab. Die vertretenen Werke stellten eine im allgemeinen befriedigende Beschäftigung fest und beschloßen daher einstimmig, den Verkauf für das vierte Viertel dieses Jahres zu den seitherigen Preisen sowohl für Nieten unter 11 Millimeter, als auch für solche von 11 Millimeter und darüber freizugeben. — Die Rathen Dampfmaschinenfabrik vorm. M. Gehe; L.-G. in Düsseldorf-Rath erzielte nach der jetzt im Reichsanzeiger veröffentlichten Jahresrechnung für 1910 nach 14 753 M. Abschreibungen einen Verlust von 3612 M. Die Bilanz enthielt noch 23563 M. — Das Eisengüßwerk Marienhütte bei Kopenau, L.-G., schlägt eine Dividende von 8 Proz. (i. R. 6 Proz.) vor. Der Reingewinn beläuft sich auf 431 641 M. (340 094 M.) nach Abschreibungen von 252 292 (241 271 M.); vorgetragen werden 69 703 M. (71 388 M.). Durch die Aufnahme neuer Besonderheiten ist der Umsatz gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Die Gesellschaft plant eine Kapitalerhöhung von 1,2 Mill. Mark. Das neue Geschäftsjahr habe sich günstig angefallen; die Gesellschaft sei mit Aufträgen reichlich versehen, so daß bei Fortdauer des jetzigen Beschäftigungsgrads mit einem zufriedenstellenden Ergebnis gerechnet werden könne. — Die Fusion Krupp-Westfälische Drahtindustrie ist jetzt endgültig, da der Aktionär, welcher Klage dagegen angestrengt hatte, diese zurückzog. — Die Glässhütte Maschinenbau-Gesellschaft, L.-G. in Milhausen i. Glf. erzielte 1910/11 einschließlich 163 705 M. Vortrag einen Reingewinn von 2 839 385 M. zu folgender Verwendung: Contoabschreibung auf neue Gebäude und Maschinen 1 600 000 M. 10 Proz. Dividende, Arbeiter-Unterstützungsbetrag 560 000 M. und Vortrag 239 385 M. Bei 14 400 000 M. Aktienkapital und 2 800 000 Anleiheschulden verfügt die Gesellschaft über 7 200 000 Mark Rücklagen.

Er tracht wieder in allen Zügen, der Erierverliner Eisenbahnerverband. Auf dem 8. Delegiertentage in Halle kam der ganze Pant und Stant, der innerhalb dieser Organisation staatlicher Angestellten schon lange herrscht, spontan zum Ausbruch. Der Vorsitzende Severin wurde aus dem Verbandsausgessen und der Verbandspräsident Heißner soll ebenfalls seines Amtes entsetzt werden. Beide hatten einander vor dem Verbandsstage in Flugschriften die größten Verheulungen hinsichtlich ihrer Geschäftsführung an der Verbandsleitung vorgeworfen. Dieser Verband, dem früher der unferen Kollegen nicht unbekannt Herr Wolf-Erierverband; wird an seinem inneren Durcheinander zu Grunde gehen müssen. Dadurch, daß die frühere Verbandsleitung nichts getan hat um den Mitglieder der gewerkschaftlichen Grundfähigkeiten beizubringen; wird der Verband heute durchwühlt von Streibern, spießbüchigen Intriganten und geschickt operierenden Sozialdemokraten. Besonders letztere haben sich im Verband schon so sehr festgesetzt, daß die Eisenbahndirektion Berlin an den Verbandsvorsitz auf höhere Anweisung, das Eruchen richte, die sozialdemokratischen Elemente aus dem Verbands zu entfernen. Sollte der Vorstand hierzu nicht in der Lage sein; dann werde die Eisenbahnverwaltung jede Beziehung zu dem Verbands abbrechen. — Das Berlin-Erierverbandsgebäude ist innerlich vollständig morsch und dem Zusammenbruch nahe und nicht viel besser stellt mit dem Staatsarbeiterkartell, das auf Anregung des Verbandes gegründet wurde.

Die Genossen hersten vor Reid; weil an der diesjährigen Generalversammlung des Gewerkschafts christl. Bergarbeiter dessen früherer Verbandsvorsitzender; Kollege Bruff, teilnahm. So schreibt die sozialdemokratische Rheinische Zeitung in ihrer Nr. 159:

„... Die Lobfeste von damals sind heute liebe Freunde, und dem Bruff wird bestätigt, daß die Knüttelaktion, die er seiner Zeit im Kampf gegen die freie Gewerkschaft der Bergarbeiter praktiziert hat, durchaus am Platze gewesen sei. Man schlägt sich und vertritt sich — genau nach dem bekannten Sprichwort!“

Aus jeder Zeile — Gift und Galle — und das ist verhängnisvoll! Ist man doch im sozialdemokratischen Lager seit Jahren bestrebt, Gegensätze zu überbrücken, aber sie können nicht zu einander kommen. „Das Wasser ist viel zu tief.“ Im übrigen paßt das „bekannte“ Sprichwort der Rheinischen durchaus zutreffend auf die Sozialdemokratie, ja man könnte es als Motto der „Geschichte der deutschen Sozialdemokraten“ vorausschicken. Es sei nur an die Kämpfe der Bassallemer und Eisenacher erinnert. Beßel, der zu letzterer Richtung hielt, hat schon selbst oft erzählt, wie diese Kämpfe sogar zu persönlichen Feindschaften führten, an denen auch er teilgenommen. Später kam dann die Einigung und die Festlegung des Erfurter Programms.

Und wie geht's auf den Parteitag? Müßen wir die Annalen von Dresden der Vergessenheit entreißen? Und wie lieblich bebandelten sich Umbrüst und Rautsch? Wie man sieht, haben die Genossen alle Ursache, häßlich stille zu sein. Wir aber wollen uns freuen, daß der Zwist zwischen dem Kollegen Bruff und dem Gewerkschaftsverein behoben ist. Was August Bruff für die christliche Gewerkschaftsbewegung war, das weiß jeder christliche Gewerkschaftler; darüber brauchen wir keine Belehrung von den Sozialdemokraten. Die sollen vor ihrer eigenen Tür stehen.

In der Frage der Arbeiterversicherung betreiben die Sozialdemokraten eine Politik politischer Kinder, nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich. Im Frankreich beschäftigten sich die geeigneten Sozialisten in einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Arbeiterpensionsgesetz Gegenüber Jaures; der das Gesetz verteidigte, erklärte Guesde; keine sozialistische Partei der Welt habe für ein Arbeiterpensionsgesetz gestimmt, das die Arbeiter zu einer Beitragsleistung zwingt. Der französisch-sozialistische Kongress in Kines; der für ein solches Gesetz eingetreten sei, habe eine Niedertracht begangen. Schließlich wurde mit 37 gegen 52 Stimmen ein Beschlusstrat angenommen; in dem der Rücktritt erklärt; sich dem vom Allgemeinen Ar-

weitererband gegen das Arbeiterpensionsgesetz eingeleiteten Kampfe anzuschließen. — Ganz wie bei uns.

Wasser auf die Scharfmacher mühlen lieferte die Verwaltungsstelle Pforzheim des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Sie machte es wie Genosse Ernst in Gagen, der als „Ingenieur“ der Firma Schöndorff der illegalen Benutzung des Telefons überführt wurde. Wegen seiner misbräuchlichen Telefonbenutzung wandte sich die Pforzheimer Handelskammer an die zuständigen Behörden. Vom Reichspostamt erhielt die Handelskammer folgendes Antwortschreiben:

Die Reichs-Telegraphenverwaltung ist in den von der Handelskammer mitgeteilten Fällen nicht in der Lage, auf Grund der Nr. 5, Absatz 2, der Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechnetzordnung vom 26. März 1900 (Zentralblatt f. d. N. Reich, S. 242) wegen misbräuchlicher Benutzung des Fernsprechers gegen den Metallarbeiterverband vorzugehen. Ich habe mich indes in der Angelegenheit mit dem Reichsjustizamt in Verbindung gesetzt und von diesem die Mitteilung erhalten, daß die bevorstehenden Beratungen der Strafrechtskommission die erwünschte Gelegenheit bieten, der Frage eines wirksamern Strafschutzes gegen betrügerisches Eindringen in fremde Privatgeheimnisse, insbesondere im Wege misbräuchlicher Benutzung der Fernsprechanlagen näherzutreten. Die Angelegenheit wird hier im Auge behalten werden.

Das ist wirklich prachtvolles Material für die Scharfmacher, geliefert von einer Arbeiterorganisation. Doch die Pforzheimer Handelskammer ist damit nicht zufrieden. Sie wendet sich mit einem langen Schreiben an den deutschen Handelstag und ersucht diesen, die Angelegenheit zu prüfen, daß schon jetzt, jedenfalls aber in der Zukunft, derartige grobe Mißbräuche eines öffentlichen Verkehrsmittels bestraft werden könnten.

Zum Berliner Maschinenmeisterputsch vertrieb die Metallarbeiterzeitung eine klare Stellungnahme. Sie versuchte vielmehr in Nr. 28/1911 Licht und Schatten „gleichmäßig“ zu verteilen und führte zu diesem Zweck einen Vortrag auf, der in seinen entscheidenden Stellen folgendermaßen lautet:

„Hervorzuheben ist dabei, daß die Firma Scherl bei ihrem Vorgehen formell im Recht war, denn in einer Entscheidung des Tarifamts war ihr inbetrakt die Berechtigung zur Entlassung der beiden Vertrauensmänner zugesprochen worden. Die Firma erschien dadurch als tariffrei und das ausständige Personal als tarifpflichtig. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, auf welcher Seite in diesem Falle das größere Unrecht ist. Mögen das die Buchdrucker unter sich ausmachen. Der Tarifbruch durch die Maschinenmeister hat aber den Scharfmachern aller Art und in allen Berufen eine willkommene Gelegenheit gegeben, über die ihnen so verhassten Kollektiven Arbeitsverträge in Kauf und Bogen herzufallen, und nicht nur den Funktionären des Buchdruckerverbandes, sondern auch denen anderer Gewerkschaften wird dadurch sicher noch manchmal ihre Tätigkeit erschwert werden. Man darf jedoch auch nicht übersehen, daß sich gegen die Entscheidung des Tarifamts mancherlei einwenden läßt, und daß ferner die Firma Scherl zum Beispiel vor Weihnachten vorigen Jahres sieben Maschinenmeister entließ; von den andern im Betrieb Verbliebenen aber Ueberstunden verlangte. Dadurch hat sie sich unter den bei ihr beschäftigten Buchdruckern selbstverständlich keine Freunde erworben.“

Der sozialdemokratische Buchdruckerverband hat dies harmlose „Diplomatenunfluthchen“ wohl verstanden. In ebenso harmlos nativer Weise sticht er wieder, wenn der „Korrespondent“ in seiner Nr. vom 13. Juli u. a. meint:

„Und da es so einfach nicht weiter gehen kann, wenn nicht das Ganze in Gefahr kommen soll, so müssen eben die Saiten aufgezogen werden, die in jeder anderen Gewerkschaft, wo eine Mitgliedschaft immer weiter von destruktiven Tendenzen erfüllt wird, im Interesse des Zusammenhalts ebenfalls angeschlagen werden und jedenfalls schon früher aufgezogen worden wären als bei uns. Man sehe nur einmal hin zu den Metallarbeitern, da werden Strömungen wie in Berlin mit ganz anderer Energie und sogar Rücksichtslosigkeit von Verbands wegen bekämpft...“

Sol da hat die Metallarbeiterzeitung die Dichtung von ihrem roten Milchbruder. Sie kann ihm freilich entgegen, daß er, der „Korrespondent“ selbst, an dem Instantschieben der destruktiven Elemente nicht ganz unschuldig ist, da er, statt die Köpfe seiner Leser mit Verleumdungen und Bosheiten gegen die Christlichen zu verwirren, besser gewerkschaftliche Erziehungsarbeit hätte leisten sollen.

Zum „geistigen Hochstand“ der sozialdemokratischen Masse liefert der „Korrespondent“ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes einen mundervollen Beitrag. Derselbe Korrespondent, der — genau wie die übrige rote Presse — sich früher nicht genug tun konnte im Beschimpfen der christlichen Arbeiter, der diesen bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit Rücksichtslosigkeit vorwerfen beliebte, muß jetzt vom roten Hausen folgendes feststellen:

„Das aber ist das Niederziehende: gerade in den größten Mitgliedsklassen ist die Unselbstständigkeit im Denken und Urteilen bei der Masse am bedenklichsten ausgeprägt. Nicht nur bei uns. Die heftigen Differenzen der Metallarbeiter in Mannheim, Stuttgart und Hamburg haben es auch klar gezeigt, daß, wenn der von dem radikalen Flügel der sozialdemokratischen Presse beherrschte Majoritätsrat ausgebrochen, alle Ueberlegung dahin ist. Selbst einem Manne wie August Bebel, der im Jahre 1907 vor die Berliner Bauarbeiter trat und ihnen in bewegten Worten von einem aussichtslosen Kampf abriet, gelang es nicht, die Masse zu beherzichtigen. Sie beruhigten sich erst dann, als — ihre Niederlage komplot war. Im vergangenen Jahre kostete es unermessliche Mühe, einen respektablen Teil der Bauarbeiter zur Anerkennung der Schiedssprüche zu bestimmen. Es ist mitunter, als ob die Menge sich blindlings in das verderblichste Feuer stürzen wolle.“

Auch verrät der „Korrespondent“ eine Tatsache, die wir zwar schon lange wußten, die aber, weil sie jetzt von einem sozialdemokratischen Blatt ausgegeben wird, hier festzuzeichnen sei. Er schreibt:

„Warum greifen denn gewisse Parteiblätter bei den Buchdruckern stets kräftiger und ungenierter zu als bei anderen Gewerkschaften? Warum zieht man bei anderen Organisationen Glacéhandschuhe an, weshalb werden für sie aus offensibaren Niederlagen halbe oder gar ganze Siege gebelchelt, und warum ist alles was wir erringen oder erkämpfen nichts, rein nichts in diesen Augen? ...“

Es wird hier also von einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsblatt festgestellt, daß die sozialdemokratische Presse, im Interesse der „Freien“ (des sozialdemokratischen) Gewerkschaften, „läßt, daß sich die Balken liegen“. Dem haben wir nur noch hinzuzufügen, daß die sozialdemokratische Presse den christlichen Gewerkschaften gegenüber berufsmäßig lügen und verleumben und die Tatsachen verzerren und auf den Kopf stellen muß. Der offe ehrliche „Korrespondent“ hat da aber niemals das „Niederziehende“ bedauert, sondern mit den destruktiven Kräften an demselben Strick gezogen. — Unsere Kollegen werden sich vorkommendenfalls das oben wiedergegebenen Geständnisses des „Korrespondent“ erinnern.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Streik- und Maschinensperrungsbewegung auf der Seeschiffswerft Schichau in Danzig.

Nachdem der Versuch des Oberbürgermeisters der Stadt Danzig, durch Inhabnung von Verantwortungen eine Einigung in dem schon 14 Wochen dauernden Kampf auf der Schichauwerft herbeizuführen, an dem ablehnenden Verhalten der Werkleitung gescheitert ist, haben die beteiligten Arbeiter folgende Erklärung einstimmig angenommen:

Erklärung.

Die am 14. Juni im Josephshause tagende Versammlung der ausständigen und ausgesperrten Arbeiter der Schichauwerft erklärt:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Versuche des Herrn Oberbürgermeisters, Verhandlungen zwischen der Werkleitung und einer Kommission der Arbeiter, die auf Wunsch des Herrn Carlson neu gebildet wurde, herbeizuführen.

Die Versammlung bedauert, daß dieser Wunsch erfolglos geblieben und es zu Verhandlungen nicht gekommen ist.

Die erste Zusammenkunft zwischen Herrn Werkdirektor Carlson und Herrn P-ourist Leeger einerseits und der Arbeiterkommission andererseits fand statt im Amtszimmer des Herrn Oberbürgermeisters am Dienstag, den 4. Juli abends 8 Uhr und dauerte eine Stunde.

Die Kommission legte die Wünsche der Arbeiter, wie sie am 6. April der Firma schriftlich übergeben worden sind, im allgemeinen dar. Herr Carlson erklärte, auf keine der gestellten Forderungen eingehen zu können; lediglich die Lohnzahlung am Freitag, statt am Sonnabend, lehnte er nicht rundweg ab und stellte nur in Aussicht, daß er bereit sei, bei einzelnen Arbeitern Lohn-erhöhungen eintreten zu lassen, falls die Werk für längere Zeit voll mit Aufträgen versehen sei.

Herr Carlson lehnte also jede greifbare Zusicherung ab; denn ein Urteil darüber, was volle Beschäftigung für längere Zeit ist, wird er der Arbeiterschaft nicht zugestehen.

Herr Carlson berechnete die volle Beschäftigung der Werk auf nur noch zwei Monate. Nach dem Urteile der Arbeiterschaft ist noch Arbeit im bisherigen Umfange mindestens für 2 Jahre vorhanden.

Die Behauptung des Herrn Carlson, daß die Werk, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, zwei Bagger ohne Bestellung gebaut habe, erlebte sich dadurch, daß die beiden, ohne Bestellung gebauten Bagger von der Firma Schichau selbst zu ihren eigenen Arbeiten in Danzig und Pillau gebraucht worden sind.

Bereits am Schluß der ersten Zusammenkunft stellte Herr Carlson die Verantwortlichkeit weiterer Unternehmungen fest, indem er erklärte:

„Was soll überhauvt dieser Kuhhandel? Ich lasse mich zu einem Kuhhandel doch nicht zwingen, und die Zeit des Herrn Oberbürgermeisters ist zu kostbar, als daß wir ihn noch weiter hiermit beästigen dürften.“

Die zweite Unterredung fand am Freitag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, wiederum im Amtszimmer des Herrn Oberbürgermeisters statt. Sie dauerte 15 Minuten. Herr Carlson brachte sie ab mit den Worten:

„Ich bewillige nichts, dies ist mein letztes Wort.“

Die Verantwortung für die E-folglosigkeit der vom Herrn Oberbürgermeister veranlaßten Unterredung fällt also ganz und gar auf die Werkleitung. Die Arbeiterschaft hat ihre Bereitwilligkeit zur friedlichen Verständigung wie vor drei Monaten, so auch jetzt durch die Tat bewiesen:

Indem sie 1. auf Wunsch des Herrn Carlson andere Vertreter benannte, obwohl zur Ablehnung des Präfektensvorsitzes kein irgendwie ersichtlicher Grund vorlag;

indem sie 2. auf einer weiteren Unterredung bestand, obwohl in der ersten Herr Carlson schon jedes Entgegenkommen abgelehnt hatte.

Die Arbeiterschaft der Schichauwerft ist flicht das Verhalten ihrer Vertreter und erklärt sich bereit, alle durch Recht und Gesetz erlaubten Mittel anzuwenden zu wollen, um die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu erreichen.

Sie begründet es, daß schon 500 Kollegen sich anderweit Arbeit beschafft haben, und sie erwarten, daß die Sympathie der gesamten Bevölkerung und die tatkräftige Unterstützung der Arbeiterschaft in Stadt und Provinz, namentlich in Danzig und Elbing, nicht fehlen wird.

Wie oben schon gesagt, dauert dieser Kampf bereits 14 Wochen. Trotzdem rund 1500 Arbeiter daran beteiligt sind, und die Werkleitung kein verfügbares Mittel — Kündigung der Werkwohnungen u. — unversucht gelassen hat, die Arbeiter zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, sind in dieser Zeit nur zwei Mann zur Werk zurückgekehrt. Einer solchen Arbeiterschaft wird die Werkleitung auf die Dauer das Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages nicht vorenthalten können.

Die Schichauwerft hat ihren Hauptbetrieb in Elbing und der hartnäckige Widerstand der Danziger Werkleitung ist in der Hauptsache darauf zu begründen,

daß die Elbinger Arbeiterschaft bis jetzt noch nicht in den Kampf mit eingegriffen hat. Heute kann wohl kein Zweifel mehr darüber bestehen: Der Kampf der Danziger Arbeiter kann nur mit Erfolg durchgeführt werden, indem auch die Elbinger Arbeiterschaft mit in den Kampf eingreift. Das ist auch nur im ureigensten Interesse der letzteren selbst gelegen; denn im Grunde genommen kämpfen die Danziger Arbeiter nicht nur für sich selbst, sondern ihr Erfolg muß auch der Elbinger Arbeiterschaft mit zu gute kommen. Die Arbeiter auf der Elbinger Abteilung der Schichauwerft sind überwiegend im Deutschen Metallarbeiterverband und im V.D.-Gewerksverein des Maschinenbauers und Metallarbeiters organisiert. Die Möglichkeit, die Danziger Arbeiterschaft in ihrem Kampfe zu unterstützen, liegt unseres Erachtens vor, wenn die in Frage kommenden Verbandsleitungen dazu auffordern. Durch ein solches Vorgehen nur kann der hartnäckige Widerstand der Schichauwerkleitung überwunden werden. Die Danziger Arbeiter haben sich in dem jetzt 14 Wochen währenden Kampfe geradezu musterhaft gehalten, keiner noch ist zum Verräter an der gemeinsamen Sache geworden, sodaß sie wohl ein Anrecht auf die Unterstützung der Elbinger Kollegen haben.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf-Bertrath. Die Deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter gesperrt.

Schloß-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugzug von Beschlagnehmern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugzug von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. B. In den Sendenhorster Smal-kerwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Menden-Börsperde. Die Drahtweber der Firma „Neuwahlwerk“ stehen im Streik. Die Grobzieher u. Metallbrüder stehen in Kündigung. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, Moritzgasse 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

Siegen. Die Siegener Stahlrohrenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Alfordreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

Siegen. Bei der Firma Pelpers & Co., Walzendreherel und Gleherel, stehen die Walzendreher im Streik. Zugzug von Walzendreheren ist streng fernzuhalten.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Pöbel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugzug von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

Schwelm. Die Arbeiter der Eisengießerei Gulan Schubeis haben zwecks Befestigung von Mißständen und Anerkennung eines Tarifs die Kündigung eingereicht. Zugzug von Formern und Metallarbeitern ist streng fernzuhalten.

Gewelsberg. Im Betriebe der Eisenerzeiger Fritz Wäppl u. Cie. stehen die Arbeiter zwecks Durchführung einer Lohnhöhung und Befestigung von Mißständen in Kündigung.

Rheindt. Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

Enden. Ueber die Firma A. Schrelber ist die Sperre verhängt. Zugzug ist fernzuhalten.

Augsburg. Die hiesigen Bauschlosser stehen zwecks tariflicher Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

Dortmund-Annen. Ueber die Gleherel der Firma Krupp in Annen wurde wegen rigoroser Behandlung der Formner und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bodrum. Zwischen der Firma Knappstein und den Gelungsmonteurten wurde eine Einigung erzielt. Der Streik ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. Juli 1911 der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Juli 1911 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bodenwöhr. Die Mitglieder unserer Ortsgruppe sind sämtlich auf dem hiesigen staatlichen Hüttenwerk, dem dritten der Oberpfalz, beschäftigt. Nach dem Vorgange der Amberger und Weicherhammer Kollegen, müssen auch wir einmal unser Organ in Anspruch nehmen, um auf Wstellung der mißlichen Verhältnisse, unter denen wir leiden, hinzuwirken. Die Schließung des staatlichen Betriebes in Stockheim wird nimmermehr vielleicht auch die staatlichen Arbeiter an anderen Orten wieder auftritteln und ihnen zeigen, wo der Platz zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen ist.

Die Lohnregelung ist hier ähnlich wie in Weicherhammer; 18jährige Arbeiter erhalten 2 M. pro Tag, 21jährige 2,50 M.; die Löhne steigen dann alle 5 Jahre um 15 Pfg. Bei Einführung dieser Regelung hatten einige Arbeiter Vorbehalte gegen früher, doch bald fand man wieder Mittel und Wege, diese Vorbehalte zu beseitigen. Unser alter Herr Betriebsführer ließ die Löhne steigen bis zu 4,50 und 5 M.; der jetzige Betriebsleiter will aber absolut nicht über 4 M. hinausgehen dürfen. Wird an einem Ende Scheinbar etwas gegeben, so wird es am anderen wieder abgezwickelt. Die Kollegen von Weicherhammer schreiben vor kurzen an dieser Stelle, sie könnten nicht verstehen, daß man in Amberg so lobt und in Weicherhammer wieder anders. Das kann u. U. nur daran liegen, daß nach dem Beschluß

des Landtages jede Vertretung das Recht hat, die Löhne der Arbeiter bis zu 50 Proz. aufzubessern. Die Arbeitgeber Vertretung wird wohl von diesem Rechte Gebrauch gemacht haben, die in Wehrhammer, Bodentöcher u. a. denken anscheinend nicht daran. In, bei Bekanntgabe des Lohnes wurde uns hier nicht einmal gesagt, daß der Lohn um 50 Proz. aufgebessert werden könne. Als die Arbeiter dieses dann von dritter Seite erfuhren, suchte man die Aufregung zu beschwichtigen mit der Bemerkung, diese Mittlung sei vergessen worden. Vielleicht hat man auf verschiedenen anderen Staatsbetrieben auch vergessen.

Man sagte den Arbeitern auch, wenn sie Beschwerden hätten, sollten sie sich nicht nach außen, sondern an den Amtsvorstand wenden. Dort brachte denn auch der Vorstand des Arbeiterausschusses Beschwerden vor; Resultat: bis heute hat sich noch nichts gerührt. Wir Arbeiter haben aber keine Lust, uns lebhaft mit schönen Worten und Versprechungen abspenken zu lassen. Ganz besonders schlecht sind die Löhne der Jugendlichen und Lehrlinge. Sie erhalten mit 14 Jahren 40 Pf. pro Tag; dieser Lohn steigt nur sehr langsam, bis diese Kollegen im Alter von 18 Jahren 2 M. erhalten. Fremde Arbeiter, ob jung oder alt, erhalten höhere Löhne wie die Einheimischen; trotzdem werden diese nicht alt hier und gehen bald von dannen. Mag das Werk also bei diesen Arbeitern gute Löhne zahlen, dann kann es die vergeblichen Versuche der Heranziehung von Arbeitern aus anderen Industriebezirken sparen.

Unsere Lohnzahlungsperioden sind günstiger wie in Wehrhammer und Amberg; wir haben alle 10 Tage Zahlung und wollen deshalb über diesen Punkt nicht klagen. Nur damit, daß die Auszahlung während der Brotzeit stattfindet, können wir uns begrifflich nicht befreunden. Fällt nämlich der Zahltag auf einen Samstag, wo die Pause nur 1/4 Stunde beträgt, so bleibt keine Zeit mehr, etwas zu sich zu nehmen, da während der Arbeitszeit nicht gegessen und gekrankt werden darf. Es wäre deshalb zu wünschen, daß man das Geld wieder auf dem Arbeitsplatz, wie früher einmal, ausshändigen würde.

Den Punkt Behandlung haben wir bereits einmal in unserem Organ angeschnitten. Vorgesetzte und Meister, die man von auswärts herangezogen gefallen sich als Antreiber: „Da oder dort wird ganz anders gearbeitet; hier muß das auch so sein; nur sie drauf los!“ Beim Meister St. in der Gießerei; über den wir uns schon einmal beschwerten mußten, wird förmlich gewöhnt. „Nur immer drauf los!“ Die Leute werden hin und her gejagt, ja sogar gestoßen und daß beim Eisen ablassen. Die Gießereiarbeiter haben schon so wie so viel unter Brandwunden zu leiden, bei dieser Schikane aber wird die Unfallgefahr noch bedeutend erhöht. Leute, die in ihrem Leben noch keine Gießerei gesehen, werden eingestellt und schon gleich beim Gießen verwendet. „Nur immer drauf los!“ Wenn es dann „nicht klappt“ — und wie könnte es — dann haben die Arbeiter darunter zu leiden. Meister St. mag mal zu ergründen suchen, warum es denn eigentlich so glatt und ruhig und um vieles besser „klappt“ beim Meister Kofl. Mit dem Wöhren der Leute kann eben nichts geleistet werden.

In der Trodenkammer haben die Former besonders viel unter Rauch zu leiden. Manchmal ist der Raum so voll, daß man kaum hineingehen kann. Mit den Beschwerden wurde das Gegenteil erreicht; Herr Dr. L. soll den Feizer angewiesen haben: „Nur angeheizt, ohne Rücksicht auf die Former!“ „Staatsbetriebe sind Musterbetriebe“, also haben wir auch einen Arbeiterausschuß; — aber verhandeln oder Anträge stellen, das gibt's nicht. Von oben herab wird befehligt und damit basta. Auf anderen Staatsbetrieben soll's ja ähnlich sein.

Und nun noch ein Wort für unsere alten Witwen. Die erhalten ihre Pension noch immer nach dem alten Statut, das sind monatlich nur 5—6 M., die sie allein für Wohnung ausgeben müssen. Hier muß etwas geschehen. Vielleicht bringt unsere Verbandsleitung die Angelegenheit im Herbst mal oben in Erinnerung.

Kollegen, bisher haben wir redlich über unsern Landtag gewettert, daß er so wenig für uns getan. Mit Unrecht. Die Werke können unsere Löhne bis zu 50 Prozent aufbessern. Wir selber tragen die Schuld, wenn es bisher nicht geschehen. Unsere staatlichen Hüttenarbeiter haben sich eben zu wenig um ihre Verhältnisse gekümmert und deshalb hatten die Vertretungen nicht nötig, unsere Wünsche und Beschwerden zu beachten. Ziehen wir daraus die richtige Lehre: Stärken wir die Reihen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, dann wird's schon bald besser werden. Einigkeit macht stark!

Sonthofen (Allgäu). Schon des öfteren mußten wir uns an dieser Stelle mit den Missständen auf dem hiesigen Hgl. Hüttenwerk beschäftigen. Nach verschiedenen Besprechungen mit der Hgl. Generaldirektion hegen wir die bestimmte Erwartung, daß die Missstände beseitigt würden; bis heute ist unsere Erwartung indes getäuscht worden. Allerdings werden neue Anlagen geschaffen und das Werk vergrößert, die elenden, unhygienischen Wohnverhältnisse aber bleiben. Obwohl auch der Arbeiterausschuß wiederholt eine Vonderung in dieser Beziehung beantragt, beschließt man die offenen Worte bei. Vielleicht muß hier noch erst die Gewerbeinspektion eingreifen und der Leitung des staatlichen Betriebes zu wissen tun, daß diese Zustände menschenunwürdig sind. Die Affäre in Stochheim ist ja noch in bester Erinnerung, nach der Meinung der hiesigen Arbeiter könnte man leicht, auf ein solches Vorkommnis in Sonthofen rechnen.

Auch bezüglich der Arbeitsleistung resp. Entlohnung werden viele Klagen laut. Während der eine Arbeiter genügend Arbeit hat, muß der andere stundenlang warten, bis er nur einmal weiß, ob er Arbeit erhält. Das gilt besonders von der Gießerei. Wohl besteht es der Herr Gießmeister, den Arbeitern die unglaublichen „Kosenernen“ an den Kopf zu „drücken“, aber im übrigen scheint's mit seiner Befähigung zur leitenden Arbeit nicht sehr weit her zu sein. In der Modelliererei scheint es ähnlich herzugehen. Die Modelle für Steinbohrmaschinen bezog man von auswärts, während die Schreiner, die schon 20—30 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, nicht wissen, was sie tun sollen. — Und da wirft man noch die Frage auf: „Wie sind unsere staatlichen Betriebe rentabel zu gestalten?“ Wir glauben, an diesen Stichworten der Öffentlichkeit gezeigt zu haben, daß dieses Problem mit niedrigen Löhnen nicht zu lösen ist; möge deshalb unsere Volksvertretung einmal von der Regierung Auffschluß über diese Verhältnisse verlangen. Wir unsererseits werden ebenfalls nicht veräumen, den Landtag mit entsprechendem Material zu versorgen.

Nun noch eine Beschwerde. Wie oft schon wurde seitens der Arbeiterschaft der berechtigete Wunsch nach einer anderen, sozial gerechteren Regelung der Zahltag vertretet; bis heute noch vergebens. Der Arbeiterausschuß hat einen Antrag eingebracht, wonach am 1. des Monats Zahltag und nach 14 Tagen ein Vorschußtag sein solle. Der Antrag wurde auch von beiden Seiten angenommen. Die Vertretung aber klammerte sich nicht daran und machte nach einigen Tagen durch Anschlag folgende Regelung der Zahltag bekannt: Hauptzahltag: für Mai am 10. Juni, für Juni am 11. Juli, für Juli am 11. August, für August am 11. September, für September am 11. Oktober, für Oktober am 11. November, für November am 11. Dezember, für Dezember am 11. Januar. Vorschußtag: am 20. und 27. Mai und 3. Juni, am 17. und 23. Juni und 1. Juli, am 22. und 29. Juli und 5. August, am 19. und 26. August und 2. September, am 18., 25. und 30. September, am 21. und 28. Oktober und 4. November, am 18. und 25. November und 2. Dezember, am 16., 23. und 30. Dezember.

Demnach erhalten die Arbeiter erst am 11. des Monats den Lohn für die im vergangenen Monat geleistete Arbeit ausgezahlt. Ueber diesen unsozialen Zug der vorstehend wiedergegebenen Lohnzahlungsregelung soll die Öffentlichkeit beleuchtet durch die angeführten Vorschußtage hinüber getäuscht werden. Wie es aber in Wirklichkeit damit steht, zeigte sich schon gleich im Monat Mai; nach 20 Arbeitstagen erhielt der Arbeiter einen Höchstvorschuß von 24 Mark. Das mag vorläufig zur Kennzeichnung der Neuregelung genügen.

Es wurde schon früher einmal erwähnt, daß hier auf sieben Arbeiter ein Beamter entfällt, bei einer entsprechenden Organisation der „leitenden Arbeit“ also auch eine andere Art der Löhnung durchführbar sei. Jetzt verlautet, ein Teil der hiesigen Beamten sei der Generaldirektion gar nicht bekannt, da sie dort als Tagelöhner angesehen seien und als solche aufgeführt würden. Wenn diese Verlautbarung sich auf Tatsachen stützen kann, wäre sie ebenfalls für das Rentabilitätsproblem unserer Staatsbetriebe nicht ohne Bedeutung. Wie man es in Sonthofen anstellt, auf Kosten der Arbeiter sich nach oben hin gut Wetter zu verschaffen, zeigt folgender Fall. Am 22. Mai wurden die Herren Minister von Passy und Generaldirektor von Rudolff in Sonthofen erwartet. Da gab's vorher natürlich „großes Reinmachen“ und Ordnung schaffen; den Arbeiter wurde aber die dadurch verlorene Zeit nicht einmal entschädigt. Sonntags mußte dafür dann ein großer Teil der Arbeiter bis 11 Uhr schaffen, ohne dafür die geringste Zulage zu bekommen. Wir gönnen der Vertretung das gute Wetter von oben von Herzen gern, werden uns aber deshalb nicht abhalten lassen; unsere Wünsche und Beschwerden den maßgebenden — und wenn's dort nicht hilft, den maßgebenden — Kreisen zu unterbreiten.

Gewiß, vieles haben wir staatlichen Arbeiter selbst verschuldet, weil wir uns nicht eher gerührt haben und die Missstände so einturzeln ließen, bis wir uns unserer Organisation angeschlossen haben. Ein Teil unserer Kollegen steht unverständlicher Weise auch heute der Organisation noch fern. Diese Kollegen mögen bedenken, daß sie mit der Faust in der Tasche und mit Schimpfen und Wetzern, was niemand hört, die Missstände nicht beseitigen können. Nur einig und geschlossen sind wir stark; nur in der Organisation vereinigt können wir unseren gerechten Wünschen die Anerkennung und Durchföhrung verschaffen. Deshalb hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Nalen. Dem Wunsch der Arbeiterschaft der Rassen-schrankenlos übertrag gemäß; reichen die hier in Frage kommenden Organisationsleitungen unseres und des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gemeinsam einen Vertragsentwurf ein; der sich in den wesentlichsten Punkten mit dem bei der Konkurrenzfirma Schniger in Ludwigsburg deckt. Von vornherein erklärte die Firma sich bereit, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln; nur glaubte sie in Anbetracht der augenblicklichen Geschäftslage keine Zugeständnisse in der Lohnfrage machen zu können. Nach dreitägigen Verhandlungen aber kam dennoch die Firma den Arbeitern soweit entgegen, daß ein annehmbarer Vertragsentwurf zustande kam. Die geforderte Arbeitszeitverlängerung um eine Viertelstunde täglich versprach die Firma einzuföhren, sobald ein einigermaßen günstiger Geschäftsabluß vorliege. Auch in der Lohnfrage wurden respektable Zugeständnisse für die Arbeiterschaft erzielt. Die Einstellungslohne erfuhr eine neue Regelung und sollen fortan nach Alter, Beruf und Werkabteilungen fixiert werden. Den Kollegen, welche durch diese Regelung noch keine 5 Prozentige Lohnerhöhung erhalten, wird eine solche gewährleistet. Der Vertrag läuft bis 31. Oktober 1913. Er erhielt in einer von rund 160 Personen besuchten Versammlung die Zustimmung der Arbeiter.

Die Arbeiterschaft verdankt diesen schönen Erfolg nur ihrer Organisationsfähigkeit, die ein einmütiges und geschlossenes Vorgehen ermöglichte. Der der Organisation noch fernstehende Teil der Arbeiterschaft des Industriezweigs Nalen mag aus dieser Tatsache die richtige Lehre ziehen und danach handeln. Tritt auch sie ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverbande, bei, dann wird schon bald überall eine Reform der verbesserungsbedürftigen Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden können.

Briefkasten.

An Mehrere. Eine ganze Anzahl von Einsendungen mußten für die folgende Nummer zurückgestellt werden. — Anonyme Zuschriften an die Zentrale oder den Verbandsvorstand können keinen Anspruch auf Beachtung erheben. Jeder Kollege kann Zuschriften und Mitteilungen über etwaige, seiner Ansicht nach ungehörige Vorkommnisse ruhig mit seinem Namen beden.

Literarisches.

Die Reichsverfassung und Reichsverwaltung. Von W. Goemann, Kaiserlicher Amtsgerichtsrat. Gebunden 1.— M. Verlag der F. Koesel'schen Buchhandlung in Kempten. Das Büchlein bietet reichlich Stoff, um die staatlichen und rechtlichen Einrichtungen unseres deutschen Vaterlandes kennen zu lernen. Durch Billigkeit, Reichhaltigkeit des Inhalts und Handlichkeit empfiehlt sich dieses Werkchen als eine Bürgerkunde für jedermann.

Das Geschlechtsproblem in der Krankenpflege. Von Georg Streiter. Heft 349/50 der Sammlung „Kultur und Fortschritt“, Verlag J. Neumann, Neudamm bei Leipzig. 1911. 28 Seiten, 8% Preis 0,50 M. — Unter diesem Titel hat Georg Streiter, der Vorsitzende des dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angehörenden Krankenpflegeverbandes, soeben eine lehrreiche Schrift erscheinen lassen. Sie führt uns in das Hauptproblem der weltlichen Krankenpflege ein: gehört der männlichen oder weiblichen Krankenpflege die Zukunft. Streiter gibt zu, daß das weibliche Pflegepersonal die Pflegerin an sich überholt hat, behauptet aber, daß das männliche Pflegepersonal an Ausbildung, technischer Fähigkeit, Treue im Beruf usw. den Pflegerinnen, d. h. den weltlichen Schwestern, — die geistliche Krankenpflege läßt Streiter außer Betracht — mindestens gleichwertig ist. Wenn der Pfleger in der Deffentlichkeit, bei Ärzten usw. heute noch ein weniger gutes Ansehen genießt, wie die Pflegerinnen, oft auch schlechter entlohnt ist, so liegt das nach Streiter einzig daran, daß das männliche Pflegepersonal bei weitem nicht so straff organisiert ist, wie die Pflegerinnen. Die Hauptanwendung ist der Appell an das männliche Pflegepersonal zu einheitlicher Organisation. — In einem besonderen Kapitel erörtert Streiter noch leidenschaftlos die Frage der Schwesternpflege auf den Männerstationen in Krankenhäusern.

Sterbetafel.

Dalken. Am 6. Juli starb unser Kollege Will Buch im Alter von 23 Jahren an einer Lungenkrankheit. Necklinghausen. Am 9. Juli starb unser lieber Kollege Peter Bönte im Alter von 19 Jahren an Diphtherieinfarkt. Ober-Schöneweide-Berlin. Am 12. Juli starb nach langem schweren Lungenleiden unser Kollege Paul Montag im 26. Lebensjahre.

Ehrentrem Andenten!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Freitag, den 21. Juli:

Sterkrade. Abends 8.30 Uhr bei H. Vandscheld, Holtenstr. 1.

Samstag den 22. Juli:

Düsseldorf-Renk. Abends 9 Uhr bei F. Hof, Nickerstr.

Düsseldorf-Bill. Abends 9 Uhr bei Meuninger, Hiltner Mee.

Dortmund I. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerschloßstraße.

Dortmund-Dorffeld. Abends 8 Uhr bei Sturm. Refer.: Kollege Engel-Vodum.

Essen-Kleinewerbe. Abends 8.45 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus.

Essen-Altenessen-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Böhmer, Essenhorststr.

Geselesberg. Generalversammlung bei Julius Schillen. Wichtige Tagesordnung.

Hattingen. Abends 8.30 Uhr bei Haumer.

Köln-Simboldkolonie. Abends 9 Uhr bei Gut, Wattstraße.

Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Gerzentstr. 24 a.

Mannheim-Schweh-Wald. Abends 8.30 Uhr bei Galtner.

Milbep. Generalversammlung bei Rosenhöl. Wichtige Tagesordnung.

Neheim-Sundern. Abends 8.30 Uhr bei Junke.

Nürbern. Abends 8 Uhr im kath. Gesellenhospiz außerordentliche Generalversammlung. Tagesloft jeden 1. Samstag im Monat abends 8.30 Uhr Mitgliederversammlung.

Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 8.30 Uhr bei Wetmann.

Wehringhausen. Abends bei Schmon.

Sonntag, den 23. Juli:

Bochum-Weimar, Niemeke, Glinigfeld. Abends 8 Uhr Generalversammlung im christl. Gewerkschaftshaus in Bochum, Niemekehauserstr. 13. Referent: R. Galdowstr.

Duisburg-Beck. Vorm. 11.15 Uhr bei Müllesen.

Duisburg-Meiderich. Nachmittags 4 Uhr bei Hafertkamp. Referent: Kollege Hlemisch.

Düsseldorf-Oberbiff. Vorm. 11 Uhr bei Föder-Gölnerstr.

Dortmund-Lünn-Wethmar. Vorm. 11 Uhr bei Mülmann. Ref.: Kollege Engel-Vodum.

Dortmund-Ammen-Witten. (Former.) Vorm. 11 Uhr bei Robert Leuf in Ammen.

Essen. (Former und Gießereiarbeiter). 11 Uhr im Alredshaus.

Essen-Kleinewerbe. Nachm. 2 Uhr am Hauptbahnhof, Hohenburgstraße, Treffpunkt zum Auszug.

Essen-Prehnhausen. Vorm. 11 Uhr bei Pottgietzer.

Essen-Stadt. Vorm. 11 Uhr im Alredshaus.

Essen-Steinwig. Vorm. 11 Uhr bei Budmüller.

Essen-Vergeborbeck. Vorm. 10.30 Uhr bei Wehloff, Hochstraße.

Gelsenkirchen-Schalle. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Gelsenkirchen-Walke. Vorm. 11 Uhr bei Wehede.

Gannu. Vorm. 11 Uhr öffentliche Versammlung bei Getfeld. Thema: „Die Reichsversicherungsordnung“. Refer.: Kollege Wg. Schiffer.

Kronach. Nachm. 3 Uhr. Unorganisierte Mitbringen.

Köln-Kalf. Vorm. 11 Uhr bei Hüntgesberg, Breuerstraße.

Neheim-Mälsche. Vorm. 11 Uhr bei Hoffmann.

Neheim-Brernen. Nachm. 6 Uhr bei Dierckheide.

Oßberg. Nachm. 3.30 Uhr bei Witme B. Kropf.

Odenkirchen. Vorm. 10.30 Uhr bei Morjan (Wett).

Vieren. Vorm. 10.30 Uhr bei Hüntgen.

Montag, den 24. Juli:

Bochum-Niemeke. Abends 8.30 Uhr bei Kepper.

Berne. Abends 8.30 Uhr bei Sternberg. Ref.: Kollege Striffler.

Dienstag, den 25. Juli:

Köln-Mülheim. Abends 8.30 Uhr bei Kephols, Regententstr.

Mittwoch, den 26. Juli:

Baderborn. Abends 8.30 Uhr Vorstand und Vertrauensmänner beider Sektionen, Wasserloft 1.

Donnerstag, den 27. Juli:

Dortmund II. Abends 8.30 Uhr bei Bergermann, Destermarktstraße. Referent: Kollege Engel-Vodum.

Horst-Emscher. Abends 8 Uhr bei Düding.

Freitag, den 28. Juli:

Duisburg. Abends 8.30 Uhr bei Glesen, Wanheimerstr.

Samstag, den 29. Juli:

Augsburg. In der Schützenhalle Wintergasse.

Eisenach. Abends 8.30 Uhr in der Gleda.

Glabbeck. Abends 7.30 Uhr bei Hörtot (Christl. Gewerkschaftshaus).

Hannover-Linden. Abends 8.30 Uhr im Arbeiterheim.

Hannover-Mülke. Abends 8.30 Uhr bei Kolenbusch.

Hannover-Bildesheim. Abends 8.30 Uhr im Braunschweiger Hof.

Köln-Chrenfeld. Abends 9 Uhr bei Körndörfer, Kappelerstr.

Koblenz. Abends 8.30 Uhr im Hotel „Victoria“. Referent: Kollege Wiaz-Siegen. Die durchreisenden Kollegen mögen beachten, daß unser Lokal nicht mehr „Spazzo“, sondern „Victoria“ heißt.

Sonntag, den 30. Juli:

Berlin-Ober-Schöneweide. Vorm. 11 Uhr bei Dlesch.

Düsseldorf-Kath. Vorm. 11 Uhr bei Schulten, Münsterstraße.

Duisburg. Punkt 1.30 Uhr von der Werthauer Fähre: Absahrt mit dem Dampfer nach Kaiserwerth. Karten im Büro Geerrt. 17.

Köln-Kath-Heumar. Mittags 1 Uhr bei Klein.

Köln-Lindenthal. Morgens 11 Uhr bei Sabelle, Bachemerstraße.